



Nr. 261 | 14.02.2022

Ukraine-Analysen

- Lage in den nicht von der Ukraine kontrollierten Gebieten
- Bewaffneter Konflikt in der Ostukraine

■ ANALYSE	Leben im Schatten: Überlebensstrategien der Menschen in der »Volksrepublik Donezk«	2
	Von Yana Lysenko (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)	
■ ANALYSE	Die Silowiki in den »Volksrepubliken« Donezk und Luhansk: Entstehung der bewaffneten Einheiten	6
	Von Andreas Heinemann-Grüder (Universität Bonn und Bonn International Centre for Conflict Studies)	
■ ANALYSE	Der illegale Handel mit Kohle aus den Donezker und Luhansker »Volksrepubliken«	11
	Von Huseyn Aliyev (Universität Glasgow)	
■ ANALYSE	Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie und ihre sozio-ökonomischen Folgen in den nicht von der ukrainischen Regierung kontrollierten Gebieten der Regionen Donezk und Luhansk	15
	Von Petro Burkovskiy (Stiftung Demokratische Initiativen, Kyjiw)	
■ ANALYSE	Die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen: Was ist möglich?	20
	Von Heiko Pleines (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)	
<hr/>		
■ CHRONIK	24. Januar – 07. Februar 2022	24

Leben im Schatten: Überlebensstrategien der Menschen in der »Volksrepublik Donezk«

Von Yana Lysenko (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)

DOI: 10.31205/UA.261.01

Zusammenfassung

Die von prorussischen Separatisten kontrollierten Gebiete in der Ostukraine gelten weithin als »Blackbox«. Eine Einschätzung, was in den selbsternannten »Volksrepubliken« (»LNR« und »DNR«) tatsächlich geschieht, scheint von außen kaum möglich zu sein. Auf der Basis von qualitativen Interviews soll der Versuch unternommen werden, ein realistisches Bild der Lebensbedingungen der dort verbliebenen Bevölkerung zu zeichnen und ihre Überlebensstrategien aufzuzeigen.

Einleitung

Die Berichterstattung in den ukrainischen Medien zum Konfliktgeschehen in der Ostukraine stellt militärische Aspekte und die Rolle Russlands klar in den Vordergrund. Das Minsker Abkommen, die Vergabe russischer Pässe in den selbsternannten »Volksrepubliken«, die Schließung der Grenzübergänge und die eskalierende Lage an der russisch-ukrainischen Grenze waren die dominierenden Themen des vergangenen Jahres. Über die tatsächliche Lebenssituation der Bevölkerung in den besetzten Gebieten wurde kaum berichtet. Zumeist wird in der ukrainischen und auch in der westlichen Berichterstattung davon ausgegangen, dass die Menschen in den besetzten Gebieten der Ostukraine (den Donezker und Luhansker »Volksrepubliken« – sog. »DNR« und »LNR«) keine handelnden Akteure im aktuellen Konfliktgeschehen sind, sondern eher eine von russischer Propaganda beeinflusste anonyme Volksmasse darstellen, die Putin als Objekte seines Machtspiels mit der Ukraine benutzt.

Um die Lebensrealitäten der Bewohner der besetzten Gebiete am Beispiel der »Volksrepublik Donezk« (im Folgenden »DNR« genannt) abzubilden, wurden 2021/2022 mit Menschen, die zum Zeitpunkt des Gesprächs dort lebten, 20 tiefe leitfadengestützte Interviews mit dem Ziel der Beschreibung und Reflexion des Konfliktverlaufes und der aktuellen Lage geführt. Diese bilden die Grundlage der folgenden schlaglichtartigen Betrachtungen und Analysen. Konfliktbedingte Einschränkungen bei quantitativen Datenerhebungen, wie etwa Umfragen mit vorgegebenen Antwortmöglichkeiten, führten angesichts der Komplexität der untersuchten Fragestellung zu einer bewussten Entscheidung für eine qualitative Methodik. Damit war ein tieferer Einblick in die komplexen Gedankenkonstrukte der betroffenen Bevölkerung möglich.

Wer noch da ist und warum

Nach den Informationen des »staatlichen« Statistikdienstes der »DNR« für das Jahr 2021 leben in der »Volksrepublik« aktuell ca. 2,2 Millionen Menschen (»Staat-

licher Statistikdienst« der »DNR«, 1.02.2021: http://gosstat-dnr.ru/pdf/naselenie/chisl_naselenie_010221.pdf). Aus den offiziellen Daten der staatlichen ukrainischen Statistik für das Jahr 2013 (dem letzten Jahr vor dem Konflikt) geht hervor, dass allein die Stadt Donezk ca. 953.000 Einwohner hatte (Staatlicher Statistikdienst der Ukraine, 1.01.2013: http://database.ukrcensus.gov.ua/PXWEB2007/ukr/publ_new1/2013/sb_nnas_2012.pdf). Für das Jahr 2021 weist die Statistik der »DNR« für die Stadt Donezk mit 935.00 Menschen im Vergleich zu 2013 nur 20.000 Einwohner weniger aus.

Die in den Interviews erhobene Einschätzung der Menschen vor Ort widerspricht deutlich der »offiziellen« Statistik. Die Befragten gehen davon aus, dass bis zu zwei Drittel der Menschen die besetzten Gebiete zumindest zeitweise verlassen haben. Diese Einschätzung basiert auf Rückgängen bei beobachtbaren Passanten und Straßenverkehr, aber auch auf verbliebenen persönlichen Kontakten mit Freunden, Nachbarn und Kollegen im Vergleich zu 2013.

Die Befragten sind sich aber auch einig, dass jetzt immerhin wieder mehr Menschen in den Städten zu sehen sind als zu Beginn des Konflikts 2014/15. In der Beschreibung dieser ersten Phase kommen in fast allen Interviews Aussagen wie »leere Städte«, »alles wie ausgestorben« vor. Diese Auswanderungswelle der Anfangsphase entspricht auch der Berichterstattung der internationalen Presse. Aus den Einschätzungen der Interviewpartner geht hervor, dass sich ab 2018 die Städte der »DNR« allmählich wieder gefüllt haben, die reale Einwohnerzahl aber weit unter dem Niveau vor dem Konflikt liegt.

Eine der möglichen Erklärungen der Differenzen von Statistik und Wahrnehmung könnte die Tatsache sein, dass viele Menschen in der Tat nicht vor Ort leben, sich aber in der »DNR« aus bestimmten Gründen nicht abgemeldet haben. Ein Grund dafür könnte etwa das Eigentum an einer Immobilie sein, die unter den aktuellen Bedingungen einen beinahe kompletten Wertverlust erlitten hat. Daher stehen viele Wohnungen einfach leer,

während ihre Eigentümer in Wirklichkeit nicht in der »DNR«, sondern woanders (meistens in Russland oder in der Ukraine) leben und arbeiten. Die Neben- oder Betriebskosten werden in dieser Zeit von Verwandten oder Nachbarn bezahlt, die auf die Wohnung aufpassen. Eine Meldeadresse in der »DNR« ermöglicht es zudem, jederzeit ohne Beantragung einer Einreiseerlaubnis in die »Volksrepublik« einzureisen. So erscheint es plausibel, dass diese »Phantom-Bewohner« in die »offiziellen« Statistiken der »DNR« einfließen.

Dennoch wird in den Interviews auch vielfach berichtet, dass eine Mietwohnung in den großen Städten wie Makijiwka und Donezk schwer zu finden ist. Dies könnte auf eine sich verstärkende Binnenmigration in der »DNR« hinweisen. Offensichtlich versuchen die Menschen, die geblieben sind, eine Wohnmöglichkeit in einer der Städte mit weniger Beschussgefahr und mehr Arbeitsmöglichkeiten zu finden. Das in der Region vor dem Konflikt übliche Pendeln ist aufgrund von Umwegen, die öffentliche Verkehrsmittel und PKWs aufgrund der Kontaktlinie mit den von der Ukraine kontrollierten Gebieten fahren müssen, nicht mehr selbstverständlich. Der Nahverkehr ist ausgedünnt, die Fahrzeiten wesentlich länger geworden.

Die Republik der Rentner und Kinder

Viele Interviewpartner nehmen wahr, dass Kinder und Jugendliche im Schulalter sowie Rentner die dominierenden Bevölkerungsgruppen in der »DNR« bilden. Die Bevölkerung im Alter zwischen 35 und 55 Jahren wird im Vergleich als kleiner eingeschätzt, ebenso wird vermutet, dass junge Menschen von 18 bis ca. 35 Jahre vor Ort stark unterrepräsentiert sind. Somit entsteht für die Befragten der Eindruck, dass nur ein kleinerer Teil der Bevölkerung vollständig berufstätig ist. Die Einschätzungen von im öffentlichen Dienst tätigen Interviewpartnern ist, dass vor allem in zentralen Bereichen staatlicher Dienstleistungen (Medizin, Bildung, öffentliche Verwaltung usw.) junges und gut qualifiziertes Personal fehlt, das massiv entweder nach Russland oder in Richtung der Ukraine und der EU ausgewandert ist.

Finanziell war und ist ein Umzug nicht für jede Familie in der »DNR« realistisch. Die häufigste Antwort auf die Frage »Warum sind Sie noch nicht umgezogen?« lautete »Wohin denn? Wer wartet da auf uns?«. Ein Umzug impliziert einen kompletten Neuanfang am neuen Ort: finanziell, beruflich, sozial und emotional. Ein weiterer belastender Faktor besteht im Wertverlust von Immobilien und Wertsachen und der Tatsache, dass vielfach das notwendige Startkapital für einen Umzug fehlt. Darüber hinaus sind sich viele Menschen nicht sicher, ob sich dieses »Opfer« letztendlich lohnt, da die Arbeitgeber z. B. in Russland und in der Ukraine hohe Ansprüche an Arbeitssuchende stellen. Deswegen

entscheiden sich überwiegend Menschen unter 30 für den Umzug aus der »DNR«, da sie weniger zu »verlieren« haben und sich bessere Chancen auf ausländischen Arbeitsmärkten ausrechnen.

Finanzielle Überlebensstrategien in der »DNR«: »Staatsdiener« und Schattenwirtschaft

Für das Überleben im Konfliktgebiet sind die Einwohner der »Volksrepublik« vielfach auf die Suche nach unkonventionellen Verdienst- und Überlebensmöglichkeiten angewiesen, da mit der Isolierung der Gebiete ein massiver Einbruch der Industrieproduktion und der Wegfall ganzer Branchen wie des internationalen Handels einherging. Als wenig einträglich erweisen sich »klassische« Überlebensstrategien wie Arbeitstourismus und Kleinunternehmertum. Unkompliziert, aber wenig lukrativ scheint eine Gastarbeit in Russland zu sein. Saisonarbeit in der russischen Tourismusbranche wurde in den Interviews als Möglichkeit ebenso erwähnt wie Kleinhandel mit aus Russland importierten Mangelgütern.

Auf zwei gegensätzliche Strategien, den eigenen Lebensunterhalt in dysfunktionalen Gebieten wie den »Volksrepubliken« zu sichern, soll im Folgenden schlaglichtartig eingegangen werden.

Die »Staatsdiener«

Eine der erfolgreichsten Überlebensstrategien scheint tatsächlich eine Anstellung bei den von der DNR organisierten öffentlichen Institutionen zu sein, da das Gehalt, das deutlich über dem durchschnittlichen Einkommen in der Region liegt, monatlich konstant bleibt und zumeist pünktlich ausgezahlt wird. Die von den Interviewpartnern geschätzten Gehälter von durchschnittlich ca. 20.000 Rubel (ca. 227 Euro) im öffentlichen Dienst entsprechen im Durchschnitt auch den Entgeltgruppen, die vom »Finanzministerium der DNR« veröffentlicht wurden (von 9.326 bis 32.286 Rubel entspricht ca. 106 bis 366 Euro) (»Dekret« der »DNR«-Führung, 18.06.2021: <https://pravdnr.ru/npa/postanovlenie-pravitelstvadoneczkoj-narodnoj-respubliki-ot-18-iyunya-2021-goda-%e2%84%96-41-3-o-vnesenii-izmenenij-v-postanovlenie-prezidiuma-soveta-ministrov-doneczkoj-narodnoj-respubliki-ot-1/>).

Diese finanzielle Sicherheit wird auch in den Interviews von ehemaligen und aktiven »Staatsdienern« als wesentlicher Grund für die Bewerbung bei den von der »DNR« organisierten Institutionen genannt. Durch die massive Abwanderung kommt es dazu, dass vielfach professionelle Eignung und Berufserfahrung im Einstellungsverfahren vernachlässigt werden. So seien auch Führungspositionen direkt nach dem Universitätsabschluss erreichbar. Berichtet wird vielfach von »Vetterwirtschaft«, so dass Effizienz und Qualität der Arbeit sinken.

Die Tätigkeit in diesen Strukturen erfordert allerdings eine echte oder zumindest scheinbare Loyalität gegenüber dem »Apparat« der »Volksrepublik«, die sich etwa in der (oft erzwungenen) Teilnahme an Paraden und im aktiven Wegsehen bei Korruption durch die Machteliten zeigt.

Facetten der Schattenwirtschaft

Auch ungewöhnliche Überlebensstrategien bei der Erwerbstätigkeit in der »DNR« werden verfolgt. So etwa die Arbeit als Freelancer für ausländische Auftraggeber, auch aus Westeuropa, die sich vor allem für jüngere Menschen mit guten IT-Kenntnissen anbietet. Die einzigen Bedingungen sind ein stabiler Internetanschluss und die EC-Karte einer Bank, die Mitglied im internationalen SWIFT-System ist. Die Kommunikation mit dem Auftraggeber erfolgt online, ein Vertrag wird nicht immer abgeschlossen. Das Geld wird im Falle russischer Auftraggeber direkt auf ein russisches Online-Bankkonto überwiesen, bei nichtrussischen Kunden erfolgt der Umweg etwa über einen PayPal-Account, der mit einem Konto aus dem SWIFT-System verknüpft ist. Durch Wechselkurs-Verluste beim Online-Bezahldienst (ca. 3 Prozent) und Abhebungsgebühren vor Ort (max. 10 Prozent) verliert ein Freelancer im negativsten Falle ca. 13 Prozent seines Verdienstes; da die ausländischen Auftraggeber sich bei IT-Dienstleistungen an internationalen Preisen orientieren, sind sie im Vergleich zu den Gehältern in der »DNR« attraktiv und Freelancer gehören damit vermutlich zu den Top-Verdienern in der »DNR«.

Das gesamte Gebiet der »DNR« ist vom SWIFT-Zahlungssystem ausgeschlossen. Vor Ort existieren nur Geldautomaten der »Zentralen Republikanischen Bank«, die sich in den Filialen ehemals ukrainischer Banken eingerichtet hat und lediglich Zahlungsverkehr innerhalb der »Volksrepublik« anbietet. Geld von ukrainischen oder russischen Konten kann hier nicht abgehoben werden. Speziell zu diesem Zweck hat sich ein weiterer Zweig der Schattenwirtschaft gebildet, der vielfach auch von Rentnern genutzt wird.

Kriegszustand und Isolation eröffnen vielfältige Möglichkeiten, mit der Manipulation von Finanzströmen und Dokumenten Geld zu verdienen. Neben halboffiziellen Abhebungsbüros gibt es Menschen, die »schwarze Abhebungsdienstleistungen« zu niedrigeren Gebühren anbieten. Unabhängig vom »Anbieter« sieht das Verfahren ähnlich aus: der Kunde bekommt eine Kontonummer, auf die er per Online-Banking die zum Abheben gewünschte Geldsumme überweist, nach der Bestätigung der Überweisung (ca. fünf Minuten) bekommt er dann diese Summe bar ausgezahlt. Da die Gebühren in den Abhebungsbüros aktuell bei ca. 6–8 Prozent der Abhebungssumme liegen, gewinnen »schwarze Dienstleistungen« an Beliebtheit, da sie diesen Service für 1–2 Prozent anbieten.

Für Menschen ohne Möglichkeiten zum Online-Banking gibt es auch ein konventionelleres Verfahren: die ukrainische EC-Karte wird dann dem »Finanzdienstleister« mitgegeben, der in die Ukraine einreist und von allen mitgebrachten EC-Karten gegen eine individuell vereinbarte Gebühr (ca. 10 Prozent) das Geld abhebt. Der nicht-offizielle Status eines solchen Finanzdienstleisters scheint die Kunden nicht abzuschrecken, seine Verlässlichkeit wird in der Regel über Mundpropaganda bestätigt. Dieser Wirtschaftszweig gewann offenbar in der Coronavirus-Pandemie an Bedeutung, da sich vor allem die Schließung der Grenzübergänge zur Ukraine stark auf die Mobilität der Menschen aus der »DNR« auswirkte.

Darüber hinaus existieren »Dokumentendienstleister«, die etwa zum Rentenbezug oder zur Passverlängerung in der Ukraine notwendige Papiere vorbereiten. Sie übernehmen gegen Gebühr ggf. auch den Kontakt zu den ukrainischen Behörden und ersparen den Antragstellern die teure und beschwerliche Ein- und Ausreise. Eine Absicherung gegen etwaige Fälschungen besteht allerdings nicht.

Die Stadt in den Köpfen

Die Einschätzung ihrer Lebensrealität speist sich für viele der Interviewten stark aus Vergleichen, wie ihr Leben vor dem Konflikt war und wie es heute aussieht. Aus ihren Erzählungen entsteht der Eindruck, dass sie die letzten Jahre der Amtszeit von Präsident Wiktor Janukowytsch als Entwicklungshöhepunkt aller Lebensbereiche im Donbas bewerten. In ihren Erinnerungen beziehen sie sich vielfach auf ein Bild der Stadt Donezk im Jahre 2012. In den Köpfen der Menschen ist diese als ein auf Hochglanz polierter Ort verankert, der die Fußballfans aus der ganzen Welt bei der Europameisterschaft 2012 begrüßte und mit einem Neubauboom und vielfältigen Konsummöglichkeiten alle Annehmlichkeiten einer modernen Millionen-Metropole zu bieten schien. Im Vergleich dazu bewerten viele der Befragten den heutigen Eindruck als trist und glanzlos. Die gut bekannten Weltmarken sind in Donezk nicht mehr zu finden und wurden zum Teil durch »DNR«-Analoge ersetzt. So wurde aus »McDonald's« »DonMak« und die russische Supermarktkette »Pjatjorotschka« ist in der »DNR« unter dem Namen »Sjemjorotschka« präsent. Den Bekleidungsmarkt dominieren statt internationaler Marken in Einkaufszentren wieder Märkte unter freiem Himmel und Geschäfte mit billiger asiatischer Ware. Das zentrale Statussymbol der Stadt Donezk, die »Donbas Arena« wurde am 2. Mai 2014 zum letzten Mal für ein Fußballspiel genutzt. Seitdem steht das Stadion leer und die umliegenden Parkanlagen verfallen – ein augenfälliges Sinnbild für den Verfall der Stadt.

Die greifbaren Zeichen des Aufschwunges, die vor der Selbstproklamation der »DNR« für die Bevölke-

rung sichtbar waren, wurden durch einen weitgehend leeren »Staats«-Patriotismus ersetzt, der sich etwa in Flaggen, Bannern und Großplakaten mit patriotischen Parolen und einem Gedenkort für den ermordeten Separatistenführer Sachartschenko zeigt. Die Bezeichnung »republikanisch« wird häufig wie eine Marke genutzt, die auch in den Namen von Unternehmen die Nähe zum System dokumentieren soll. Neben der Symbolik der »DNR« werden Glaube an und Dankbarkeit gegenüber Russland öffentlich im gleichen Ausmaß postuliert (wie etwa auf Großplakaten mit Parolen wie »Unsere Wahl ist Russland«). Öffentliche Reden und Verlautbarungen über den offiziellen Kurs in Richtung einer Integration in die Russische Föderation erzeugen ein Bild der »DNR«, die sich in einem Zwischenstadium zwischen einer verlassenen Hölle in der Ukraine und einem versprochenen Paradies in Russland befindet. Scheinbar versucht die Führung der »DNR«, die große Leere der faktischen Isolation durch eine künstliche Betonung der eigenen Staatlichkeit zu füllen. Sie erhält – unabhängig von der Konfliktentwicklung – ein Bild der Ukraine als Feind aufrecht, da Mangel und Misswirtschaft vielfach mit Verweis auf den Krieg legitimiert werden.

Die offiziellen Nachrichtenagenturen der »DNR« berichten in einem staatstragenden Stil über die »offiziellen Besuche«, »Staatspartnerschaften« und den »Regierungskurs« der »Republik« im Miniaturformat. »Offiziell« wird dann häufig eine Schule oder ein Erntefeld besucht, unter »Staatspartnerschaften« die Beziehung zur »LNR« und unter dem »Regierungskurs« die Aufnahme der »DNR« in die Russische Föderation verstanden.

All dies macht deutlich, dass Propaganda eine der Kernsäulen der »Republik« bildet, die ohne die permanente Darstellung eines Feindes von außen und die Ideologie der »russischen Welt« (»Russkij Mir«) nicht lebensfähig wäre. Denn die in der Selbstdarstellung der »DNR« postulierte Einheit von »Republik« und Donbas scheint nicht ganz der Wahrnehmung der Bewohner zu entsprechen. Es fällt auf, dass auch die gegenüber der »DNR« loyalsten Interviewpartner sich im Gespräch vom Begriff »DNR« distanzieren und ihn eher im negativen Kontext erwähnen, während »Donezk« und »Donbas« meistens positiv konnotiert sind. Ein Hinweis darauf, dass es an Identifikation in der Bevölkerung fehlt, ist die Tatsache, dass auch die neu eingeführte Symbolik der DNR keinen Zuspruch selbst unter den loyalsten Befragten findet. Die ursprünglich rot-blaue Farbkombination der Flagge der Ukrainischen Sowjetrepublik, die um einen schwarzen Streifen als explizitem Symbol der Kohlevorkommen im Donbas ergänzt wurde, wird in den Interviews meist als »unattraktiv« und »traurig« bezeichnet und hat in den Köpfen der Menschen keine Verbindung zu ihrer Heimatregion. Die stark ausgeprägte regionale Identität, die sich etwa aus der Indus-

trienhistorie der Region, den Erfolgen der regionalen Fußballmannschaft »Schachtar« oder dem Image von Donezk als »Stadt der Rosen« speiste, spiegelt sich in der offiziellen Symbolik nicht wider, sondern scheint wie abgeschnitten.

Überleben in den Köpfen

Die in einigen Interviews geäußerten kritischen Haltungen zur »DNR« beziehen sich vor allem darauf, dass Staatsfunktionen nur imitiert, alles Ukrainische verteuelt und alles »Republikanische« und Russische gepriesen werden. Zugleich erleben diese Menschen eine offensichtliche Dysfunktion aller Lebensbereiche vor Ort. Diese kognitive Dissonanz führt dazu, dass kritisch gesonnene Bewohner der »DNR« in einen Zwiespalt zwischen Angst und innerlicher Revolution geraten. Einerseits würden sie ihre kritische Haltung gerne öffentlich zeigen, doch unter dem Eindruck von Lebensbedrohung durch Kriegshandlungen und unterdrückter öffentlicher Meinung tragen sie ihre Nichtakzeptanz der »DNR« weiter still im Kopf.

Unbestritten ist, dass die Propaganda einen großen Einfluss auf die allgemeine Stimmung der Bevölkerung in der »DNR« nimmt. Viele dem »Staat« gegenüber loyale und der Ukraine gegenüber kritische Menschen lassen sich dennoch nicht eindimensional als pro-russische Propaganda-Opfer darstellen. Sie erlebten die höchste Emotionalisierung in der ersten Phase des Konflikts ab 2014, als das Propaganda-Gerüst der »DNR« noch lange nicht so stark ausgebaut war. Auch bei ihnen lässt sich vielmehr eine kognitive Dissonanz feststellen. Diese ergibt sich daraus, dass ihre Wahrnehmung des Beschusses von ukrainischer Seite als konkrete Bedrohung ihres Lebens nicht mit der Darstellung ukrainischer und internationaler Medien übereinstimmt, die Russland und die Separatisten als Aggressor bezeichnen. Das Gefühl, dass ihre Lebensgefahr von außen kleingedredet und dem falschen Akteur zugewiesen wird, bringt die Menschen dazu, Sympathie gegenüber dem wahrgenommenen Verteidiger zu empfinden.

Die beiden unterschiedlichen Haltungen weisen einige Gemeinsamkeiten sowohl in ihren Wahrnehmungen, als auch in den Verhaltensweisen auf. Es fällt auf, dass die Menschen unabhängig von ihrer Haltung im ständigen Gefühl der Lebensbedrohung leben, das nicht nur aus militärischen Handlungen resultiert. Während die Beschüsse eine erlebte Erfahrung darstellen, die die Menschen in ihrer Wahrnehmung der Gefahr abgehärtet hat, hat die empfundene Bedrohung, die von der »DNR« selbst ausgeht, keine klare Form und kein Bild.

Die offizielle Rhetorik der »DNR« ist autoritär geprägt und kennt keine Zwischentöne, daher ist ihr Diskurs reich an Ausdrücken wie »Feind«, »Verräter«, »Faschist« oder »Nationalist«. Diese Begriffe werden von der Führung der »DNR« auf diejenigen angewandt, die sich gegen

die »Republik« wenden oder sie in Frage zu stellen scheinen. Die Gefahr, auf diese falsche Seite zu geraten, ist in ihren Folgen für Leib und Leben nicht abschätzbar, da die »Organe« der »DNR« willkürlich und kaum auf der Basis nachvollziehbarer gesetzlicher Vorgaben agieren.

So entsteht in der Bevölkerung eine Strategie, die aus der Distanzierung von der politischen Agenda vor Ort und dem Schweigen zu allen kritischen Themen besteht. Die meisten Interviewpartner gaben daher im Gespräch zu, dass sie zum ersten Mal seit Beginn des Konflikts überhaupt mit jemandem über dieses Thema sprechen. Ihr Schweigen scheint dabei nicht nur mit der realen Angst vor einer Bestrafung für ihre Aussagen zusammenzuhängen, sondern auch mit dem Bemühen, die Ereignisse der letzten Jahre aus dem Kopf zu verdrängen. Das wird auch daran deutlich, welche Themen die Interviewpartner im Gespräch aus eigener Initiative ansprechen. Materielle Aspekte des Lebens in der »DNR« sowie erlebte Absurditäten und »Erfolge«

im selbstproklamierten »Staat« werden zumeist offen von den Interviewpartnern ins Gespräch gebracht. Verdrängung scheint dazu zu führen, dass sich Interviewpartner rein auf die Gestaltung ihrer privaten Lebenssituation konzentrieren.

Auf den ersten Blick scheinen die jubelnden Menschenmassen bei öffentlichen Veranstaltungen in der »DNR« (wie etwa bei Auftritten russischer Stars) das Bild einer homogenen und führungstreuen Bevölkerung in die Außenwelt zu senden. Doch dieses scheinbar kritiklose Mitmachen in der »DNR« kann nicht allein den »Erfolgen« der Propaganda zugerechnet werden. Um in der neuen Realität zu überleben, scheint es vielmehr notwendig zu sein, sich anzupassen und den nicht ausgesprochenen Regeln zu folgen: das Politische wird verdrängt, Kritik nicht geäußert, und jede Fluchtmöglichkeit aus dem tristen Alltag wird ohne Nachfragen angenommen.

Über die Autorin

Yana Lysenko studiert im MA Politikwissenschaft an der Universität Bremen. Derzeit ist sie Praktikantin an der Forschungsstelle Osteuropa. Ihre Forschungsinteressen liegen in den Bereichen der Konfliktforschung (aktuell insbesondere in den Ukraine-Russland-Beziehungen) und der De-facto-Staaten. Der vorliegende Beitrag basiert auf von ihr für ihre Abschlussarbeit geführten Interviews. Sie plant ein Promotionsprojekt zu diesem Thema.

ANALYSE

Die Silowiki in den »Volksrepubliken« Donezk und Luhansk: Entstehung der bewaffneten Einheiten

Von Andreas Heinemann-Grüder (Universität Bonn und Bonn International Centre for Conflict Studies)

DOI: 10.31205/UA.261.02

Zusammenfassung

Nach anfänglicher Konkurrenz anerkannten die meisten separatistischen Feldkommandeure ab Herbst 2014 ein quasi-staatliches Gewaltmonopol der »Volksrepubliken«. Für die Führung und den Unterhalt der Silowiki im Donbas sind in Moskau mehrere, zum Teil konkurrierende Fallmanager (»kuratory«) zuständig. Die Silowiki in den Separatistengebieten gewährleisteten die autokratische und kleptokratische Herrschaft der De-facto-Regime und sind entscheidend für deren Steuerung durch Russland.

Einleitung

Ab April 2014 formierten sich in den selbsternannten »Volksrepubliken« mehrere Dutzende pro-russische Bataillone. Diese irregulären bewaffneten Gruppen wurden ab 2015 sukzessive in reguläre Streitkräfte, die »Volksmilizen« der international nicht-erkannten De-facto-Regime, umgeformt. Die Sicherheitsorgane in der

»Donezker Volksrepublik« (»DNR«) und der »Luhansker Volksrepublik« (»LNR«) bilden den Kern des Staatsaufbaus in den Separatistengebieten, sie monopolisieren das öffentliche Gewaltmonopol anstelle der Anarchie und Konkurrenz irregulärer bewaffneter Gruppen in den Jahren 2014–15. Die Sicherheitsapparate sind einer der wenigen verlässlichen Arbeitgeber, da ein überdurchschnittli-

cher Sold regelmäßig gezahlt wird. Der Sold beträgt so in der Luhansker »Volksmiliz« 15–20.000 Rubel (nach dem durchschnittlichen Wechselkurs von 2020 ca. 187 – 250 Euro) für einfache Zeitsoldaten bis Sergeanten, für Offiziere 20–40.000 Rubel. In der »DNR« lag der Sold in 2020 für einfache Soldaten bei ca. 16.000 Rubel, Kommandeure erhielten 19.500 Rubel (<https://www.mk.ru/politics/2021/04/23/voennye-donbassa-nazvali-svoi-zarplaty.html>). Das Durchschnittseinkommen für regulär Beschäftigte in Unternehmen und Institutionen in der »DNR« lag in 2020 bei ca. 13.000 russischen Rubeln (<https://www.ostro.org/donetsk/society/news/597171/>). Für den Dienst an der Frontlinie werden zusätzliche Prämien gezahlt. Die loyale Sozialklientel der Separatisten besteht folglich vor allem aus Mitarbeitern der Sicherheitsorgane, die überdurchschnittlichen Sold erhalten.

Entstehung und Entwicklung

Unter den »Aufständischen« in der »DNR« und »LNR« fanden sich 2014 sowohl örtliche Rekruten als auch Zugereiste aus Russland, zudem eine kleine Gruppe von Ukrainern aus anderen Regionen als dem Donbas sowie Ausländer aus Belarus, der Schweiz, Italien, Tschechien, Deutschland, Spanien und den USA. Unter die Kombattanten mischten sich politische Aktivisten der Anti-Maidan-Proteste, Zivilisten, die zuvor keine Beziehung zu Sicherheitsapparaten hatten, Personen mit einem beruflichen Hintergrund im Militär oder der Polizei sowie eine Reihe »gescheiterter Existenzen« ohne festen Wohnsitz, Hooligans (gopniki), Kleinkriminelle, Gelegenheitsarbeiter, erfolglose Kleinunternehmer oder Schwerekriminelle. Zu den Kombattanten aus dem Donbas zählten Mitglieder von Kosakenverbänden und Überläufer von ukrainischen Sicherheitsorganen – so Aleksandr Mozgowoj und ein Teil des Bataillons »Wostok« sowie Aleksandr Sachartschenko, bis zu seiner Ermordung in 2018 Oberhaupt der »DNR«, und sein Bataillon »Oplot«.

Zwischen Frühjahr und Sommer 2014 herrschten unter den bewaffneten Separatisten anarchische Zustände. Auf die Zersplitterung der Gruppen antwortete die »DNR«-Regierung ab Spätsommer 2014 mit verstärkter Machtzentralisierung. Freilich bestand der Staatsapparat in den besetzten Gebieten zunächst vornehmlich aus Kommandanten der Städte und Landkreise, weil es keine zivilen Verwaltungschefs gab. Sukzessive suchte Aleksandr Sachartschenko diese durch »Volksbürgermeister« zu ersetzen.

Die Beziehungen zwischen den pro-russischen Bataillonen im Donbas gestalteten sich zunächst außerordentlich angespannt, es gab kein als legitim anerkanntes Koordinationsgremium, d. h. die selbst ernannten Premierminister der »DNR« und »LNR« genossen unter den Bataillonen keine Autorität als Oberkommandie-

rende. Zwischen den Bataillonen drohte ein eigener Krieg auszubrechen, da die Kämpfe gegen ukrainische Truppen ohne Abstimmung untereinander geführt wurden. Zwischen einzelnen Feldkommandeuren und Truppen, die der »LNR«-Regierung direkt unterstellt waren, kam es zu Schusswechselln, so z. B. zwischen dem führungstreuen Bataillon »Zarja«, das Igor Plotnizki (ab August 2014 Ministerpräsident der »LNR«) unterstand, und Kombattanten des Bataillons von »Betmen« (Bednow). In der »DNR« gelang die Unterwerfung der Feldkommandeure früher als in der »LNR«.

Als im Juli – August 2014 russisches Militär massiv zugunsten der »DNR« und »LNR« eingriff, da die ukrainische Anti-Terror-Operation an Boden gewann, wurde die Koordination zum drängenden Problem. Untereinander einigten sich die Feldkommandeure jedoch nicht. Nachdem die politischen Führungen der »DNR« und »LNR« am 7. bzw. 14. August 2014 ausgewechselt wurden – der Chef der »DNR«-Führung, Aleksandr Borodaj, Valerij Bolotow, Chef der »LNR«-Führung, und der russische Geheimdienstoberst Igor Girkin kehrten nach Moskau zurück – versuchten die neuen Machthaber, Aleksandr Sachartschenko (»DNR«) und Igor Plotnizki (»LNR«), die Kommandeure ihrem Befehl zu unterstellen.

Am 16. September 2014 erklärten die Führungen der »DNR« und der »LNR« die Gründung der »Vereinigten Streitkräfte Neurusslands« unter dem Oberkommando von Generalleutnant Iwan Anatoljewitsch Korsun, die als »Volksmilizen« fungieren sollten, da nach dem Minsker Abkommen der Unterhalt von Streitkräften der Separatisten untersagt war (Ополчение ДНР и ЛНР объединились в армию Новороссии, Komsomolskaja Pravda 16.9.2014, <https://www.kp.ru/online/news/1845901/>). Kombattanten, die sich dem Oberkommando nicht unterstellten, sollten als illegale bewaffnete Formationen behandelt werden; gleichwohl wurde Korsun, kaum ernannt, von Anhängern des Feldkommandeurs Igor Besler gewaltsam festgesetzt (<https://lenta.ru/articles/2014/09/18/general/>). Im Januar 2015 vereinte Sachartschenko mehrere Bataillone und Brigaden – »Oplot«, »Russkaja Prawoslawnaja Armija«, »Bulat«, »Patriot« und andere Unterabteilungen – in einer »Republikgarde«, die ihm direkt unterstellt wurde.

Da die Feldkommandeure von Waffen- und Munitionslieferungen aus Russland abhängig waren, unterstellten sich die meisten Gruppen in der »LNR« im Oktober 2014 formell der dortigen »Volksmiliz«. Ähnlich den »Säuberungen« unter den Feldkommandeuren in der »DNR« wurden allzu eigenwillige Feldkommandeure auch in der »LNR« entmachtet, zum Verlassen des Gebietes genötigt oder umgebracht. Aleksandr Bednow, Anführer des prorussischen »Betmen Bataillons«, wurde so zum Neujahrwechsel 2015 in einem Hinter-

halt getötet. Bednows Einheit beschuldigte den »LNR«-Führer Plotnizki des Mordes. Die offizielle »LNR«-Webseite behauptete hingegen, Bednow sei von ukrainischen Sicherheitskräften getötet worden. <http://www.ibtimes.co.uk/batman-pro-russian-separatist-death-blamed-ukraine-separatists-1481805>.

Auf die Ermordung von Bednow folgte am 10.2.2015 in Krasnodon die Entwaffnung der »Sondereinsatzbrigade Odessa« durch die russische Sicherheitsfirma »Wagner«. Der Kommandeur von »Odessa«, Aleksej Fomitschew, wurde verhaftet und die Brigade »Odessa« gewaltsam aufgelöst. Als das Kosaken-Bataillon »B-2« unter dem Kommandeur »Kluni« (Anspielung auf George Clooney) sich der Auflösung bzw. Verteilung auf Einheiten der »Republikgarde« widersetzte, wurden die Offiziere des Bataillons beschuldigt, einen Staatsstreich vorzubereiten, mit Waffen zu handeln und Autos zu entwenden – sie wurden kollektiv verhaftet (<http://colonelcassad.livejournal.com/2486424.html>).

In der »LNR« scheiterten hingegen vorerst die Versuche, eine Zentralmacht – ähnlich wie in der »DNR« – aufzubauen, da der dortige Einfluss des »Ministerpräsidenten« Igor Plotnizki und seines Bataillons »Sarja« kaum über die Stadt Luhansk hinausreichte und autonome Kommandeure wie Aleksej Mozgowoj, Pawel Dremow, Aleksandr Bednow und der aus Russland stammende »Kosakenataman« Nikolaj Kosizyn eigenmächtig agierten und Plotnizki vorhielten, die humanitäre Hilfe aus Russland und Einkünfte aus dem Kohlehandel willkürlich zu verteilen. Das Gewaltmonopol musste so gegen die Autonomie der separatistischen Feldkommandeure durchgesetzt werden. Der Kosakenataman Pawel Dremow, letzter der verbliebenen illoyalen Kommandeure, wurde am 12.12.2015 mit einer Autobombe getötet, einen Tag nach seiner Hochzeitsfeier.

Russlands Rolle

Unter den aus Russland stammenden Kombattanten in den Separatistengebieten befand sich eine nicht exakt bekannte Zahl an Kadersoldaten der russischen Streitkräfte sowie des russischen Innenministeriums. Laut Nikolaj Mitrochin waren unter den 20–25.000 Kombattanten im August 2014 40–45 Prozent örtlicher Herkunft, darunter auch Zwangsverpflichtete (zitiert nach *Andrew Wilson, The Donbas in 2014: Explaining Civil Conflict Perhaps, but not Civil War, in: Europe-Asia Studies. 68 (4): S. 649*). Die Angaben zur Gesamtzahl der pro-russischen Kombattanten variieren – bis zu einer Zahl von 60.000. Der Schweizer Oberst Alexander Hug, seinerzeit Principal Deputy Chief Monitor of the OSCE Special Monitoring Mission to Ukraine, ging Ende 2015 von 30.000 pro-russischen Kombattanten im Donbas aus, ohne zwischen staatlichen russischen Truppen und irregulären Kämpfern zu unterscheiden (Gespräch mit

Alexander Hug, Special Monitoring Mission der OSZE, am 16.12.2015 in Kiev).

Die Anzahl russischer Soldaten in der Ostukraine änderte sich im Zeitverlauf. Eine Studie des polnischen PISM-Instituts ging von 6.500 russischen Soldaten im August 2014 aus, von 10.000 im Dezember 2014 und 11.000 im Februar 2015, in Abhängigkeit von der Frontlage. Die Rekrutierung von Kombattanten erfolgte vorwiegend über persönliche und soziale Netzwerke (Facebook, Odnoklassniki, VKontakte) oder Zentren in Russland, z. B. das »Koordinationszentrum zur Hilfe für Neurussland«. Die Freiwilligen aus Russland reisten in den Donbas illegal oder im Rahmen der humanitären Hilfskonvois ein.

Ein Koordinationszentrum im russischen Rostow bereitete in den Jahren 2014–15 die russischen »Freiwilligen« auf ihre Einsätze vor, trainierte sie und verteilte sie auf Einheiten im Donbas. Russische Berufssoldaten wurden auf »Dienstreise« oder »zum Urlaub« in den Donbas geschickt. Mit Zeitsoldaten schloss das russische Militär eigene Verträge ab, aber auch gewöhnliche Rekruten wurden unter dem Vorwand, an einer militärischen Übung teilzunehmen, vom russischen Militär in den Donbas geschickt. Nicht alle russischen Soldaten nahmen folglich freiwillig teil. Anwerbungen für den »Dienst« in der Ukraine fanden hauptsächlich im Nordkaukasus (unter Tschetschenen und Osseten) und unter Burjaten statt. Der Druck russischer Kommandeure, sich für den »Dienst« in der Ukraine zu melden, war unter Zeitsoldaten hoch, einige wandten sich an Rechtsanwälte, um nicht einen Zeitvertrag unterschreiben zu müssen. Mit der Entsendung von Kombattanten befassten sich in Russland auch Veteranenorganisationen, darunter der »Swerdlowsker Fond der Speznas-Veteranen« oder die so genannte »Nationale Befreiungsbewegung« für Neurussland (die Internetseite der »Bewegung«: <http://www.rusnod.ru/>).

Von den insgesamt rund 34.000 »Silowiki« auf dem Gebiet der »DNR« und »LNR« sind gegenwärtig schätzungsweise 7.000 Kaderoffiziere aus Russland. Die Führungsoffiziere der Silowiki in der »DNR« und »LNR« stammen durchweg aus Russland bzw. sind russische Staatsbürger. Obschon das Budget der »Silowiki« nicht öffentlich ist, wird der finanzielle Unterhalt vor allem durch Mittel aus dem russischen Staatshaushalt gedeckt. In 2016 veröffentlichte der ukrainische Geheimdienst SBU Zahlen zur russischen Finanzierung der Sicherheitsorgane, demnach kamen 15–20 Prozent der formal für Binnenvertriebene und Migranten vorgesehenen Mittel den bewaffneten Organen zugute (<https://nv.ua/ukraine/events/rossija-v-aprele-vydelilo-800-mln-rublej-na-«DNR«-lrv-razvedka-109096.html>). Für die Führung und den Unterhalt der Silowiki im Donbas sind in Moskau mehrere, zum Teil konkurrierende Fallma-

nager (»kuratory«) zuständig: der Vizepremier Dmitrij Kosak, Russlands Minister für ökonomische Entwicklung, Sergej Nasarov, und der 5. Dienst des FSB, zuständig für »Information und internationale Beziehungen«.

Aufbau der »Silowiki«

Als größere militärische Verbände der »Volksmilizen« existieren in der »DNR« die »1. Slawischen Gardetruppen«, die »3. Gorlower Gardetruppen«, die »5. Sondertruppe Aleksandr Sachartschenko«, die »100. Gardetruppe«, die »Mariupol-Chinganskij Marine-Landungstruppen«, die taktische Gruppe »Kaltschuga« (zuvor Bataillon Kalmius), die »Sondertruppe der Volksmiliz Dunaj«, das »2. Panzerbataillon Diesel« und eine »Raketendivision«. Zudem gibt es eine Reihe Bataillone, die auf Grundlage von pro-russischen Freiwilligenbataillonen (u. a. Somali, Chan, Nowoasowsk) bzw. von Überläufern ukrainischer Spezialeinheiten (Berkut) entstanden.

Die Einheiten der »Volksmiliz« in der »DNR« setzen sich aus Motorschützen, Artillerie, Panzertruppen, Scharfschützen und Pioniertruppen, Kommunikations- und Nachrichtendiensten sowie Raketen-Einheiten zusammen. Neben den regulären Truppen existieren in der »DNR« formal weitere sechs Bataillone der Territorialverteidigung (für den Mobilisierungsfall), die Grenztruppen, drei Spezialeinheiten des Innenministeriums (OMON, SOBR und SOKOL), der staatliche Wachdienst und das Ministerium für Katastrophenschutz (mit bewaffneten Einheiten). Die Volksmilizen der »LNR« sind ähnlich aufgebaut wie jene in der »DNR«, nennen sich jedoch motorisierte Schützenbrigaden, Artilleriebrigaden bzw. Panzerbataillone.

Ähnlich wie in der »DNR« sind die Polizeieinheiten auch in der »LNR« dem Innenministerium unterstellt. Das Innenministerium der »LNR« ist zudem zuständig für die Verkehrspolizei, den Wachdienst, die Strafverfolgungsorgane (mit einer Spezialeinheit »Grosa« = Gewitter). Dem Innenministerium unterstehen zudem die »Ausbildungsakademie E.A. Didorenko« sowie das Melderegister und die Passvergabe. In der »LNR« gibt es darüber hinaus ein Ministerium für Staatssicherheit (MGB) in der Tradition des sowjetischen KGB. Das MGB ist für Aufklärung und Gegen-Aufklärung, Verbrechensbekämpfung und Anti-Terror-Einsätze zuständig, worunter auch die Abwehr von Operationen ukrainischer Spezialkräfte gehört, sowie für den Kampf gegen Korruption.

Das MGB der »LNR« wird von Leonid Pasetschnik angeführt, einem früheren Mitarbeiter des ukrainischen Geheimdienstes SBU und späteren »Minister für Staatssicherheit« der »LNR«. Während seiner Zeit beim SBU zuständig für Korruptionsbekämpfung im Gebiet Luhansk erschien Pasetschnik bereits 2015 auf einer Liste der reichsten Separatisten – die »Korruptionsbekämp-

fung« erwies sich als einträgliches Geschäft. Im Konflikt zwischen Pasetschnik mit seinem »Dienstherrn«, dem »Ministerpräsidenten« der »LNR« bis 2017, Igor Plotnizki, der ihm Amtsmissbrauch vorwarf, obsiegte der MGB-Chef Pasetschnik. Als Plotnizki am 20.11.2017 seinen Innenminister Igor Kornet entlassen wollte, riegelten Soldaten ohne Hoheitsabzeichen das Regierungsviertel ab. Plotnizki war mitnichten »Herr im Hause«, vielmehr waren es die von Moskau unterstützten Chefs des Innenministeriums und des MGB.

Amtsmissbrauch und die Verquickung von Vollzugsgewalt mit krimineller Selbstbereicherung sind ein systematisches Charakteristikum der Herrschaft im Donbas. Ein Beispiel: Der frühere stellvertretende »DNR«-»Ministerpräsident« und Sachartschenko-Vertraute Aleksandr Timofejew muss sich seit August 2021 vor einem Gericht in Moskau (nicht im Donbas) verantworten, weil er dem Unternehmer Sergej Schpak gegen Zahlung von 5 Millionen US\$ versprach, die Strafverfolgung wegen Diebstahls bei einer russischen Holding im Umfang von 1,8 Milliarden Rubel einzustellen. Timofejew versprach demnach Schpak, die Strafverfolgung gegen Geldzahlung vom Innenministerium an den FSB zu übergeben, der dann die Ermittlungen nicht weiterverfolgen würde.

Das Fallbeispiel »Kalmius«

Das Bataillon »Kalmius« (später umbenannt in Brigade) illustriert die Transformation von irregulären Kampfgruppen in quasi-staatliche Truppen. Es wurde von »Generalmajor« Walentin Motusenko (nom de guerre »Ataman Iwanowitsch«, geb. 18.05.1964) formell am 21.6.2014 gegründet. Im Bataillon »Kalmius« kamen vorwiegend drei Kohorten zusammen: russische professionelle Söldner mit Ausbildung an schwerer Artillerie, örtliche Freiwillige und wenige Kommandeure mit einer Vergangenheit in nationalistischen Netzwerken oder militanten Vorläuferorganisationen. Walentin Motusenko präsentierte sich in verschiedenen Interviews als Vertreter und Wieder-Erwecker der historischen, rechtgläubigen Kosakenkultur (Slogan »Für den Glauben, den Zaren und das Vaterland«), als Vertreter von Ordnung, Sauberkeit und Familienwerten – im Gegensatz zu den »fremden« Werten des Geldes und des Reichtums – sowie als Repräsentant von »Neurussland« (Novorossija) (<https://stopterror.in.ua/info/2015/10/otdelnaya-artillerijskaya-brigada-kalmius-v-ch-08802/>). Motusenko hatte 1987 eine höhere »militärpolitische« Ausbildung in Donezk als Teil einer sowjetischen Nachrichteneinheit beendet. Durch den Zerfall der Sowjetarmee arbeitslos geworden, kämpfte Motusenko nach dem Ende der Sowjetunion in Nagornyj Karabach (Berg-Karabach) bis 1993 als Söldner und baute während dieser Zeit ein Netzwerk von Kombattanten auf. Im Jahr 2000 beendete er eine Ausbildung in Wirtschaftsrecht.

Die Offiziere von »Kalmius« bezeichneten sich anfänglich als Angehörige einer Miliz, seit 2015 als Teil der Donezker Volksmiliz. »Kalmius« rekrutierte seine Kombattanten anfänglich aus örtlichen Bergarbeitern und Arbeitern des Donezker metallurgischen Kombinares. Das Kommando über die Artilleriestellungen erforderte allerdings militärische Fachausbildung. Interviews mit »Kalmius«-Kombattanten dokumentieren die aggressive Ablehnung der Regierung in Kiev, sie zeigen vorwiegend Männer, die sich in einer gewaltverherrlichenden Sprache wechselseitig anfeuern (<https://www.youtube.com/watch?v=U9hOS1wirUs>). Eine dezidierte Antwort, warum sie kämpften, konnte eine Gruppe von ca. 15 interviewten Kombattanten von »Kalmius« kaum geben (»für das Vaterland«, Verteidigung der »Erde«, der »Heimat«, gegen die »Ukropy«, womit die Ukrainer abwertend als »Dill-Kraut« gekennzeichnet wurden). »Kiew« erscheint als Feind, es wird von Faschisten geredet, vom Verkauf der Ukraine an Europa, der Sprachkode ist jedoch auf wenige Schlagwörter beschränkt. Die Erfahrung von Gewalt seitens ukrainischer Streitkräfte gegen Zivilisten dient stets der Rechtfertigung eigener Gewalt.

»Kalmius« wurde seit 2014–15 im Wesentlichen ausgestattet durch »humanitäre Hilfe« aus Russland. Ein Kommandeur von »Kalmius« beklagte sich, dass die Minsker Abkommen sie daran hindere, mit schwerem Kaliber auf die ukrainische Seite zu schießen (https://www.youtube.com/watch?v=_tgHJItSuc4). Seit dem zweiten Minsker Abkommen vom Februar 2015 hat sich »Kalmius« von einer Miliz mit Freiwilligen in eine reguläre Armee mit einem Statut, etablierten Kommandostrukturen, einer Garnison, medizinischen und sonstigen Unterstützungseinrichtungen, der regulären Anwerbung und Ausbildung von Rekruten, etablierten Ausbildungs- und Trainingsprogrammen und Truppenübungsplätzen für Artilleriebeschuss verwandelt. »Kalmius« setzt sich aus einem Stab, einer Aufklärungsabteilung, einer »Spezialabteilung« und zwei Artillerieeinheiten zusammen, angeblich ca. 500 Personen. Die Ausrüstung mit schwerer Artillerie besteht überwiegend aus Neuware, d. h. mitnichten aus Waffen, die während Kampfhandlungen erbeutet wurden.

Bewaffnung

Die Ausstattung der Streitkräfte in der »DNR« und »LNR« mit schweren und leichten Waffen, mit Munition, Ersatzteilen, Kraftstoffen und Ausrüstung stammt vor allem aus Beständen des südlichen Militärbezirks der

russischen Föderation. Neben Handfeuerwaffen gehören zur Ausstattung der Volksmilizen schwere Waffen, darunter Panzer, Schützenpanzer, Raketenwerfer, Granatwerfer, Haubitzen, Mörser und Panzerabwehrwaffen. Zur Ausstattung gehören zudem eine unbekannte Anzahl an Drohnen und radioelektronische Störanlagen. Laut Angaben des ukrainischen Verteidigungsministeriums verfügten die Streitkräfte allein der »DNR« im Jahre 2019 über 285 Panzer, 557 gepanzerte Fahrzeuge, 240 Artilleriegeschütze, 171 Granatwerfer und 122 Raketenwerfer (Дмитрий Кириллов. Мотострелковые корпуса? Что представляют собой «народные милиции» Донбасса, Radio Svoboda 23.02.2020, <https://www.svoboda.org/a/30450053.html>).

Resümee

Die Konflikte um die Autonomie der Feldkommandeure in den Jahren 2014–15 und um den Oberbefehl der früheren Ministerpräsidenten Sachartschenko (»DNR«) und Plotnizki (»LNR«) mündeten in direkter russischer Befehlsgewalt über die »Volksmilizen«. Zuständig ist die 8. Feldarmee des südlichen Militärbezirks Russlands. An die Stelle von separatistischen Kommandeuren sind russische Befehlshaber (Kuratoren) getreten. Die Zeitsoldaten in den Separatistengebieten schließen Verträge mit den russischen Streitkräften ab, die militärische Ausbildung findet im Gebiet Rostow statt.

Der Konflikt um die Oberhoheit in der »LNR« im November 2017 illustriert ein grundlegendes Problem, nämlich die Konkurrenz der örtlichen Silowiki um den Schutz durch »ihren« jeweiligen Kurator in Moskau. Das Innenministerium und das MGB hatten Rückhalt beim FSB, während Plotnizki – letztlich vergeblich – auf Beistand seitens der russischen Präsidialverwaltung setzte.

Die Silowiki der »DNR« und »LNR« gewährleisten die autokratische und kleptokratische Herrschaft in den De-facto-Regimen und sind entscheidend für deren Steuerung und Kontrolle durch Russland. Autonome lokale Kommandeure wurden sukzessiv ausgeschaltet. Der überdurchschnittliche Sold macht die Silowiki zu den loyalsten Trägerschichten der Separatistenregime, de facto handelt es sich um Militärregime von Moskaus Gnaden. Die Silowiki in der »DNR« und »LNR« sind verantwortlich für systematische Verletzungen von Menschenrechten. Infolge des Drucks russischer Oberbefehlshaber ist die öffentliche Gewalt weitgehend monopolisiert, wenn auch in hohem Maße korrupt.

Über den Autor

Apl. Prof. Dr. *Andreas Heinemann-Grüder* lehrt Politikwissenschaft an der Universität Bonn und forscht am Bonn International Centre for Conflict Studies; er leitete ein Projekt zu den irregulären bewaffneten Gruppen im Ukraine-Konflikt, forscht zu De-facto-Regimen und publizierte jüngst (zs. mit C. Crawford und T.B. Peters) »Lehren aus dem Ukraine-Konflikt«, Verlag B. Budrich 2022.

Der illegale Handel mit Kohle aus den Donezker und Luhansker »Volksrepubliken«

Von Huseyn Aliyev (Universität Glasgow)

DOI: 10.31205/UA.261.03

Zusammenfassung

Die 2017 von der Ukraine verhängte wirtschaftliche Blockade gegen die nicht von der ukrainischen Regierung kontrollierten Gebiete der Regionen Donezk und Luhansk, den selbstbezeichneten Donezker und Luhansker »Volksrepubliken«, trug zur Entwicklung des illegalen Handels mit Anthrazitkohle aus diesen Gebieten bei. Nach einem anfänglichen Anstieg der Lieferung von Anthrazitkohle über Russland und Belarus in die Ukraine und die EU, beginnen sowohl der Handel selbst als auch der Kohlebergbau der »Volksrepubliken« aufgrund zahlreicher Probleme im Zusammenhang mit dem Transport und Verkauf zu stagnieren.

Einleitung

Trotz des militärischen Konfliktes betrieben ukrainische Unternehmen, darunter führend der DTEK-Konzern des ukrainischen Oligarchen Rinat Achmetow, weiterhin Bergwerke und Industriebetriebe in den von der ukrainischen Regierung nicht kontrollierten Gebieten im Donbas. Das offizielle Argument der Regierung war, dass dabei keine Zahlungen an die »Volksrepubliken« erfolgten, da die Unternehmen einfach direkt Gehälter an ihre Belegschaften zahlten. Die Handelsbeziehungen trugen aber offensichtlich zur Stabilisierung der »Volksrepubliken« bei. Außerdem gab es Vorwürfe direkter Zahlungen. Im September 2021 wurde beispielsweise Sergei Kuzjara, ein ukrainischer Kohlehändler, festgenommen, da ihm vorgeworfen wurde, für Kohlelieferungen auf Rechnung ukrainischer Staatsunternehmen 2014–15 insgesamt etwa 1,5 Milliarden Hrywnja (damals knapp 100 Millionen Euro) an die Behörden der »Volksrepubliken« überwiesen zu haben.

Die Ursprünge der aktuellen Handelsblockade der nicht von der ukrainischen Regierung kontrollierten Gebiete gehen auf den Januar 2017 zurück, als Aktivist*innen der ukrainischen Freiwilligenbataillone »Ajdar« und »Donbas« begannen, die Verkehrsverbindungen mit diesen Gebieten zu blockieren. Der ukrainischen Regierung gelang es nicht, die Blockade zu beenden. Entsprechende Versuche provozierten landesweite Proteste. Die Blockade verhinderte die umfangreichen regulären Kohlelieferungen aus Bergwerken in den »Volksrepubliken«, die von ukrainischen Unternehmen betrieben wurden. Die Führungen der »Volksrepubliken« reagierten mit der Enteignung der ukrainischen Unternehmen. In dieser Situation ordnete der Nationale Sicherheits- und Verteidigungsrat der Ukraine am 15. März 2017 eine umfangreiche Handelsblockade an.

Obwohl sich die Handelsblockade auf viele Aspekte des Handels zwischen der Ukraine und den »Volksrepubliken« negativ auswirkte, waren die Kohle- und

Metalllieferungen wirtschaftlich von besonderer Bedeutung. Für die »Volksrepubliken« waren sie die wichtigsten Exportgüter, für die Ukraine wichtige Zulieferungen für die eigene Industrie. Zentral war dabei Anthrazitkohle, da in der Ukraine viele Industriebranchen und auch die Fernwärme- und Stromproduktion auf Lieferungen aus den »Volksrepubliken« angewiesen waren.

Dementsprechend begannen ukrainische Unternehmen 2017, chaotisch nach alternativen Lieferanten vor allem für Anthrazitkohle zu suchen. Verhandlungen wurden nicht nur mit amerikanischen Lieferanten wie US Xcoal Energy & Resources geführt, sondern auch mit Unternehmen aus Südafrika, die Kohle zu fast doppelt so hohen Preisen wie Russland lieferten. Parallel hat die Ukraine damit begonnen, ihre Wärmekraftwerke von Anthrazitkohle auf Gaskohle umzustellen. Trotz erheblicher Fortschritte setzen aber auch Betriebe, die auf Gaskohle umstellen, weiterhin Anthrazitkohle in unterschiedlichen Mengen ein. Im Ergebnis stiegen vor allem die Importe von Anthrazitkohle aus Russland. Der Ursprung der russischen Lieferungen lag aber oft in den »Volksrepubliken«.

Einer der Hauptabnehmer von Anthrazitkohle aus der Luhansker »Volksrepublik« war beispielsweise das Hüttenwerk Dneprostal in der Region Dnipro, das dem einflussreichen ukrainischen Oligarchen Wiktor Pintschuk gehört. Nach der Verhängung der Handelsblockade kaufte Dneprostal weiterhin Anthrazitkohle aus der Luhansker »Volksrepublik«, jedoch bis 2019 über das russische Unternehmen Uglemet, das als Zwischenhändler fungierte und die Kohle als russische Kohle aus der Region Rostow deklarierte. Ähnliches gilt angeblich für 2017 aus Polen importierte Anthrazitkohle.

Exporte der »Volksrepubliken«

Die »Volksrepubliken« hatten bereits vor der Handelsblockade Anthrazitkohle nach Russland verkauft. Da Russland selber Kohle exportiert und die Donbas-Kohle

mit lokalen russischen Produzenten nicht konkurrieren konnte, war Russland für die »Volksrepubliken« aber meist nur eine Zwischenstation. Mit der Handelsblockade stiegen die Lieferungen nach Russland stark an. Aktuell liefern die »Volksrepubliken« knapp 900.000 Tonnen Kohle pro Jahr nach Russland.

Bereits seit dem Beginn des Konflikts im Donbas wurde die an die Ukraine grenzende russische Region Rostow und insbesondere die Stadt Rostow am Don zu einem Umschlagplatz für den Handel mit den »Volksrepubliken«, nicht nur mit Kohle, sondern auch mit Metallen, Öl und Eisenerz. Der Beginn der Handelsblockade 2017 diente als Anstoß für die Entwicklung des Eisenbahnverkehrs von den »Volksrepubliken« nach Russland. Viele Quellen beschreiben, dass der Export von Kohle aus den Volksrepubliken nach Russland durch das russische Transportunternehmen RZD Logistics organisiert wurde. Dieses war nach Angaben der meisten Quellen an der Rezertifizierung der Donbas-Kohle beteiligt. Dabei wurde die ukrainische Kohle sofort nach dem Grenzübertritt als russische registriert. Da Laboruntersuchungen, zu denen europäische Käufer verpflichtet sind, die Herkunft der Kohle leicht aufdecken können, wird in Russland im Kusbass abgebaute Anthrazitkohle in die nur zur Hälfte gefüllten Waggons mit Donbas-Kohle gegeben. Die Herkunft der Kohle ist damit nicht mehr klar feststellbar.

Während ein kleiner Teil des an der russisch-ukrainischen Grenze gemischten Anthrazitkohle für den lokalen Energiebedarf in Russland verwendet wird, wird der Großteil exportiert. Es ist naheliegend, dass für den Verkauf der vermischten Donbas- und Kusbass-Anthrazitkohle, die als russischer Export deklariert wird, die Standardrouten für den russischen Kohlehandel benutzt werden, die Lieferungen nach Polen über Belarus, in die Türkei über die nicht anerkannte Republik Abchasien im Kaukasus und in die Niederlande über russische Häfen an der Ostsee umfassen. Die Kohleexporte aus dem Donbas in die Benelux-Staaten sollen 2018–19 stark zugenommen haben. Den meisten Quellen zufolge begannen sie im Jahr 2020 zu sinken, hauptsächlich aufgrund strengerer Regeln für den Import russischer Kohle.

Bis vor kurzem galt Belarus als wichtigste Drehscheibe für die Lieferung von Donbas-Kohle in die EU und in die Ukraine. Obwohl es in Belarus keinen Kohlebergbau gibt, lieferte das Land vor Beginn der Proteste und der internationalen Isolation im Jahr 2020 bis zu 100.000 Tonnen als belarussisch gekennzeichnete Stein- und Anthrazitkohle an die Ukraine. Bemerkenswert ist, dass sich die Lieferungen von Kohle aus Belarus in die Ukraine nach der Einführung der Handelsblockade fast verdoppelt haben.

Berichten polnischer Journalisten zufolge erwies sich der Verkauf der Donbas-Kohle über Belarus an Polen für

die »Volksrepubliken« finanziell als deutlich lukrativer als der bisherige Handel direkt mit der Ukraine. Obwohl die EU offiziell die Möglichkeit von illegalen Importen von Kohle aus den »Volksrepubliken« bestritt, gab es praktisch keine Kontrollen. Nach polnischem Recht durfte Kohle als zollfreies Produkt ohne Herkunftsnachweis in das Land eingeführt werden. Nur wenige polnische Käufer russischer Lieferungen übernahmen die Kosten für Herkunftsnachweise per Labortest.

Inwieweit die internationale Isolation von Belarus seit der gefälschten belarussischen Präsidentenwahl 2020 und die verstärkten polnischen Grenzkontrollen im Zuge der Migrationskrise 2021 zu Einschränkungen beim Transit von Kohle aus den »Volksrepubliken« führen ist derzeit noch nicht abzusehen.

Kohlebergbau in den »Volksrepubliken«

Nach der Enteignung der ukrainischen Eigentümer 2017 übernahm das Unternehmen Vneshtorgservice die Kontrolle über die Bergwerke in den »Volksrepubliken«. Vneshtorgservice, welches in der international nicht anerkannten Republik Südossetien (offiziell Georgien) registriert ist, gehört dem Donbas-Oligarchen Sergei Kurtschenko, der unter Wiktor Janukowytsch in der Ukraine zum Milliardär geworden war. 2014 floh er ähnlich wie Janukowytsch nach Russland. Im Sommer 2021 übergab er die Kontrolle über die Kohlebergwerke in den »Volksrepubliken« an das Handelshaus Donskiye Ugli. Obwohl wenig über das Unternehmen Donskiye Ugli bekannt ist, herrscht in Fachkreisen die Meinung, dass das in der Region Rostow registrierte Unternehmen direkt vom Kreml beaufsichtigt wird.

Als Ursache für den Wechsel werden auch finanzielle Probleme von Vneshtorgservice gesehen, die auch zu langen Verzögerungen bei Lohnzahlungen und damit zu Unzufriedenheit bei der Bevölkerung der »Volksrepubliken« geführt hatten. So begannen im Frühsommer 2021 viele Unternehmen von Vneshtorgservis die Produktion in der Kohle- und in der Metallindustrie einzustellen und die Gehälter nicht mehr zu zahlen. In den großen Kohlebergwerken der »Volksrepubliken« bestanden zum Jahresende 2021 Lohnrückstände in Höhe von mehreren Millionen Dollar. Ähnlich ist die Situation in den Kohlebergwerken, die unter der direkten Kontrolle der Behörden der »Volksrepubliken« stehen und wo lange Zeit keine Gehälter gezahlt wurden.

Es wird davon ausgegangen, dass der illegale Export von Kohle aus den »Volksrepubliken« mit erheblichen Problemen und Zusatzkosten verbunden ist, die die Rentabilität dieses Geschäfts beeinträchtigen. Die Kosten für die Rezertifizierung der Donbas-Kohle und ihre Vermischung mit Kusbass-Kohle sowie die zusätzlichen Transportkosten z. B. beim Umweg über Belarus in die Ukraine.

Die relativ geringe Rentabilität der in den »Volksrepubliken« geförderten Anthrazitkohle ist auch

auf Zwischenhändler zurückzuführen, die den Transport nach Russland und den Weiterverkauf organisieren. Allein in der »Luhansker Volksrepublik« gab es 2018 mehr als 170 solcher Zwischenhändler. Gerade wegen der Notwendigkeit, die Exportkosten mit Zwischenhändlern in den »Volksrepubliken« und Weiterverkäufern in der Region Rostow zu teilen, ist der Preis für Donbas-Kohle in Russland nicht wettbewerbsfähig. Als Folge nimmt die Kohleförderung in den »Volksrepubliken« allmählich ab. Im Jahr 2020 trug der Kohlebergbau nach offiziellen Angaben der »Donezker Volksrepublik« nur 9 Prozent zu den Einnahmen bei, während er vor dem Konflikt 2014 bis zu 16 Prozent der Einnahmen der Region Donezk ausmachte. Ähnliche Zahlen finden sich für die »Luhansker Volksrepublik«, wo im Jahr 2020 nur etwa 4.000 Tonnen Kohle abgebaut wurden, während 2012 in der Region Luhansk noch mehr als 6.000 Tonnen abgebaut worden waren.

Der im November 2021 vom russischen Präsidenten Wladimir Putin unterzeichnete Erlass zur Zertifizierung der in den »Volksrepubliken« produzierten Waren als russischen Ursprungs dürfte an den Problemen des Bergbaus nichts ändern, da sowohl die Ukraine als auch die EU Produkte aus den Volksrepubliken weiter nicht importieren werden. Trotz der Bezeichnung von Anthrazitkohle aus den »Volksrepubliken« als russisches Produkt werden die Zulieferunternehmen immer noch gezwungen sein, gefälschte Dokumente über die Herkunft der Kohle zu beschaffen.

Die Zukunft der Handelsblockade

Seit der Verabschiedung der Handelsblockade wurde die Frage ihrer Aufhebung sowohl von der ukrainischen Seite als auch von den Verwaltungen der »Volksrepubliken« wiederholt aufgeworfen. So sprach sich beispielsweise der Gouverneur des von der Ukraine kontrollierten Teils der Region Luhansk, Serhij Haidaj, im Jahr 2020 für die Aufhebung der Handelsblockade aus, die er für wirtschaftliche Probleme und das »Aussterben« der Hrywnja in der »Luhansker Volksrepublik« verantwortlich machte.

Die Aufhebung der Wirtschaftsblockade wird in der Ukraine oft an die Forderung nach der Rückgabe der in den »Volksrepubliken« beschlagnahmten Unternehmen an ihre rechtmäßigen ukrainischen Eigentümer geknüpft. Dies ist zweifellos im Interesse der ehemaligen Eigentümer, unter denen Rinat Achmetow der bekannteste und einflussreichste ist. Angesichts der Interessenkonflikte zwischen Achmetow und Präsident Wolodymyr Selenskij, die Anfang 2021 öffentlich wurden, ist dies aber derzeit wohl nicht das zentrale Interesse der ukrainischen Regierung.

Gleichzeitig gibt es ehrgeizige Pläne der Regierung, die Abhängigkeit der ukrainischen Industrie von Kohle

zu verringern und in naher Zukunft vollständig auf Kohle verzichten zu können. Ein Ende der Handelsblockade wäre dann für die ukrainische Wirtschaft von deutlich geringerer Bedeutung.

Da die »Volksrepubliken« aufgrund ihrer schlechten Wirtschaftslage ein großes Interesse an der Aufhebung der Sanktionen haben, geht es aber nicht nur um die Kohleversorgung der Ukraine, sondern potenziell auch um einen Trumpf in den Friedensverhandlungen. Wie viele andere Aspekte der Friedensverhandlungen wird auch die Handelsblockade in der Ukraine nicht nur in ultrarechten politischen Kreisen, sondern auch bei pro-europäischen Oppositionsparteien, wie beispielsweise der Europäischen Solidarität von Petro Poroschenko, sehr negativ aufgenommen. Dementsprechend ist das Thema für Präsident Selenskij mit großen Risiken für seine Popularität verbunden. Die komplexe Lage mit vielen Fallstricken erklärt wohl die Untätigkeit der ukrainischen Regierung.

Da die meisten am illegalen Kohleexport beteiligten Unternehmen »unter dem Dach« des Kremls operieren, dürften die russischen Behörden wenig Interesse daran haben, die Handelsbeziehungen zwischen den »Volksrepubliken« und der Ukraine ohne Einbeziehung Russlands zu stärken. Die kürzlich erfolgte Übertragung des Kohlebergbaus in den »Volksrepubliken« unter die direkte Kontrolle des Kremls sollte einerseits Interesse an einer Gewinnmaximierung wecken, stellt aber andererseits auch sicher, dass die »Volksrepubliken« nicht ohne Einbeziehung Moskaus direkte Handelsverbindungen mit der Ukraine wiederherstellen können.

Fazit

Fünf Jahre nach Beginn der Blockade geht der illegale Handel mit Donbas-Kohle weiter, wenn auch in reduziertem Umfang. Entgegen der Erklärungen der ukrainischen Präsidenten kaufen ukrainische Industrie- und Energieunternehmen weiterhin in den »Volksrepubliken« produzierte Kohle, die aus Russland, Belarus und Polen importiert wird. Der Kohlebergbau in den »Volksrepubliken« stagniert aufgrund mangelnder Wettbewerbsfähigkeit und schlechtem Management. EU-Länder sind zum wichtigsten Absatzmarkt für Kohle aus den »Volksrepubliken« geworden. Transportprobleme, die Kosten für die Erstellung gefälschter Dokumente und die Notwendigkeit, Gewinne mit russischen oder belarussischen Zwischenhändlern zu teilen, belasten jedoch den Export von Kohle aus dem Donbas in die EU. Das Inkrafttreten neuer Sanktionen gegen Belarus und Russland im Jahr 2021 hat das illegale Geschäft mit Anthrazitkohle aus den »Volksrepubliken« weiter erschwert.

*Übersetzung aus dem Russischen: Lina Pleines
Angaben über den Autor und Lesetipps finden Sie auf der nächsten Seite.*

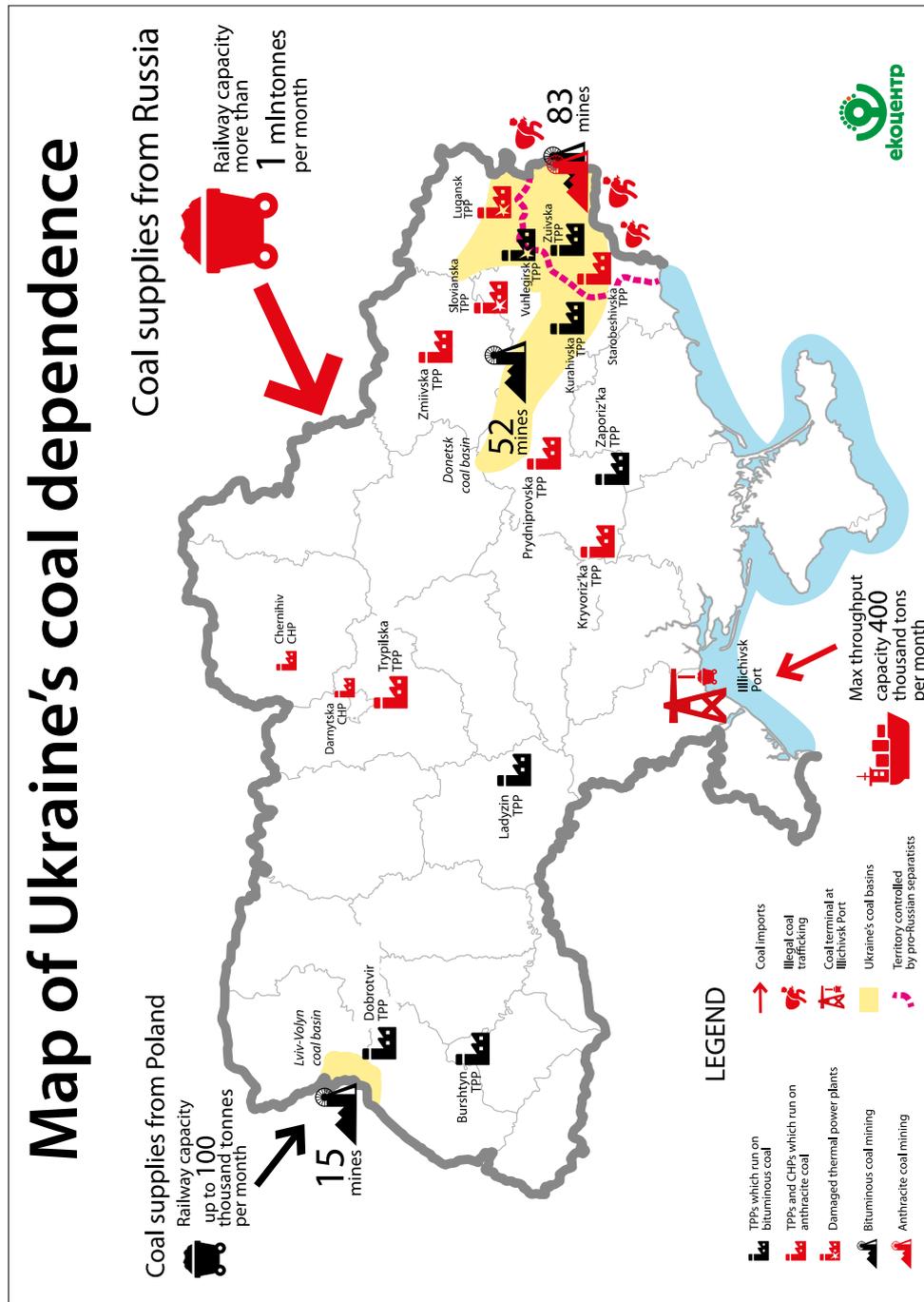
Über den Autor

Dr. Huseyn Aliyev ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bereich Central and Eastern European Studies der University of Glasgow, Schottland. Er ist Autor von über 40 wissenschaftlichen Publikationen zu den Themen bewaffnete Konflikte, informelle Institutionen und Zivilgesellschaft in der post-sowjetischen Region.

Lesetipps

- Czarne złoto. Wojny o węgiel z Donbasu (2020), <https://czarne.com.pl/katalog/ksiazki/czarne-zloto>.
- The International Crisis Group: Peace in Ukraine (III): The Costs of War in Donbas, 03.09.2020, <https://www.crisisgroup.org/europe-central-asia/eastern-europe/ukraine/261-peace-ukraine-iii-costs-war-donbas>.
- Новая Газета: Шахты и мат, 22.03.2017, <https://novayagazeta.ru/articles/2017/03/22/71865-shahty-i-mat>.

Grafik 1: Die Kohleabhängigkeit der Ukraine vor Beginn der Handelsblockade



Quelle: CC-BY-NC-ND National Ecological Centre of Ukraine 2015 (NECU) www.necu.org.ua

Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie und ihre sozio-ökonomischen Folgen in den nicht von der ukrainischen Regierung kontrollierten Gebieten der Regionen Donezk und Luhansk

Von Petro Burkovskiy (Stiftung Demokratische Initiativen, Kyjiw)

DOI: 10.31205/UA.261.04

Zusammenfassung

Um zu verstehen, wie sich die Coronavirus-Pandemie auf das Leben der Bevölkerung in den Gebieten der Regionen Donezk und Luhansk ausgewirkt hat, die sich nicht unter ukrainischer Kontrolle befinden, werden Umfragen zur Situation vor und nach der Pandemie ausgewertet.

Einleitung

Die folgende Analyse der Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie in den nicht von der ukrainischen Regierung kontrollierten Gebieten der Regionen Donezk und Luhansk basiert auf nicht-repräsentativen Umfragen an den Kontrollpunkten für Ein- und Ausreise an der Grenzlinie aus den Jahren 2019 und 2021 und auf einer unter Bürgern der russisch kontrollierten Gebiete der Regionen Donezk und Luhansk im Februar/März 2021 durchgeführten nicht-repräsentativen Telefonumfrage sowie auf Diskussionen in Fokusgruppen, die im Dezember 2020, Februar und Dezember 2021 mit Menschen stattfanden, die entweder in den »TOT«-Gebieten lebten oder dort regelmäßig Verwandte besuchten. Im folgenden Text wird die Bezeichnung »TOT«-Gebiete (in ukrainischer Sprache benutzte Abkürzung für »Тимчасово Окуповани Території«, d. h. »vorübergehend besetzte Gebiete«) für die nicht von der ukrainischen Regierung kontrollierten Regionen in der Ost-Ukraine (die sogenannten »DNR« und »LNR«) verwendet.

Zum Vergleich benutzen wir auch Ergebnisse einer landesweiten repräsentativen Umfrage in der Ukraine mit insgesamt 2.003 Befragten zu den Auswirkungen der Pandemie, für die im Februar 2021 auch 129 Personen in den von der Ukraine kontrollierten Gebieten der Regionen Donezk und Luhansk befragt wurden.

Die Datenerhebung 2019 war Teil einer Studie der Stiftung Demokratische Initiativen zum Wohlbefinden der Bürger. Die Umfragen 2020–2021 wurde von der Stiftung im Rahmen einer landesweiten Studie zu den Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie auf die Stabilität und Sicherheit der Ukraine und der ukrainischen Gesellschaft durchgeführt.

Einschätzung der Pandemie-Lage

Bei der Befragung an den Kontrollpunkten für Ein- und Ausreise an der Grenzlinie zu den »TOT«-Gebieten fragten wir nach der allgemeinen Einschätzung der per-

sönlichen Lebensbedingungen. Im Jahr 2019, also vor der Corona-Pandemie, gaben 16 Prozent der Befragten an, dass das Leben unerträglich geworden sei, während weitere 33 Prozent erklärten, noch so gerade mit den sich verschlechternden Lebensbedingungen zurecht zu kommen. 39 Prozent hatten hingegen keine Veränderung ihrer Lebensbedingungen bemerkt und 10 Prozent bestätigten positive Veränderungen.

Zwei Jahre später, im März 2021, baten wir die Befragten an den Kontrollpunkten, die Veränderungen in ihrem Leben im Jahr 2020 im Vergleich zu 2019 zu bewerten. Erneut erklärte eine knappe Hälfte, dass das Leben schwieriger geworden sei (22 Prozent viel schwieriger und 24 Prozent etwas schwieriger). Dieses Mal hatten 48 Prozent keine Veränderung bemerkt und 5 Prozent bestätigten positive Veränderungen (4 Prozent leichte und 1 Prozent signifikante Verbesserungen).

Gefragt nach den größten Problemen, nannten die Bewohner der »TOT«-Gebiete 2019 am häufigsten Bedrohungen militärischer Art (Wiederaufnahme der Kämpfe, Beschuss) und Einschränkungen der Bewegungsfreiheit zwischen Siedlungen. Anfang 2021 hingegen standen Schließungen der Kontrollpunkte und Einschränkungen der Kontakte mit den Verwandten an erster Stelle.

Bei den Diskussionen in Fokusgruppen mit Bewohnern von Gemeinden direkt an der Grenzlinie (Marjinka und Torezk in der Region Donezk; Schtschastya und Stanyzja Luhanska in der Region Luhansk) wurden die Schließung der Kontrollpunkte und die Trennung von Freunden und Verwandten in den »TOT«-Gebieten ebenfalls als zentrale Veränderungen durch die Pandemie genannt. Die meisten berichteten, dass Corona als Thema in Gesprächen mit ihren Angehörigen und Freunden aus den »TOT«-Gebieten Ende 2020 auftauchte. In vielen Fällen reagierten die Menschen skeptisch und glaubten, die Pandemie sei eher eine Erfindung der Behörden auf beiden Seiten der Grenze, um Kontrollpunkte zu schließen und eine Rechtferti-

gung für die Verschlechterung der Lebensbedingungen zu haben.

Gleichzeitig zeigt unsere Umfrage vom März 2021 mit 200 Befragten, dass viele Menschen die Pandemie ernst nehmen. 80 Prozent der Befragten an den Kontrollpunkten gaben an, dass sie die Quarantäne-Vorgaben als Grund für die Einschränkungen des Betriebs der Kontrollpunkte sehen, während nur 10 Prozent eine ungerechtfertigte Einschränkung seitens der Ukraine oder der »TOT«-Gebiete nannten. Zur Einschätzung der Pandemie-Lage haben wir auf Grundlage der Antworten in den Fokusgruppen-Diskussionen für die Umfrage im März 2021 sechs mögliche Antworten entwickelt. Das Ergebnis findet sich in den Tabellen 1 und 2 auf S. 19.

Auch wenn die Ergebnisse nicht repräsentativ sind, zeigt sich doch, dass es eine beachtliche Minderheit gibt, die bezüglich der Sterblichkeit keinen Unterschied zur Zeit vor der Pandemie sieht. Gleichzeitig räumt mindestens ein Drittel der Befragten in allen drei Gruppen ein, dass die Situation ernst ist: Viele Menschen sind krank, und die Sterblichkeit wird eindeutig mit der Ausbreitung des Coronavirus in Verbindung gebracht.

Während der Diskussion der Fokusgruppe in den Regionen Donezk und Luhansk hieß es in der Regel, dass die Probleme in den »TOT«-Gebieten die gleichen seien wie in der Ukraine: Die Menschen seien krank, hätten Schwierigkeiten mit einer rechtzeitigen und qualitativ hochwertigen medizinischen Versorgung, und Tests seien schwer zu bekommen und unzuverlässig. Es wurde über die Umstellung der meisten Krankenhäuser in Luhansk und Donezk auf Covidkranke berichtet und über die Schwierigkeiten, eine eindeutige Diagnose zu erhalten. Oft wurde erzählt, dass Freunde und Verwandten in den vorübergehend besetzten Gebieten wegen einer Lungenentzündung behandelt wurden, ohne dass Covid-19 diagnostiziert wurde, obwohl Patienten dies anhand der Symptome vermuteten.

Tabelle 1 zeigt, dass die Mehrheit der Befragten aus der »DNR« die Pandemie nicht leugnet, aber auch nicht als schwerwiegend einschätzt. Für die »LNR« ist die Einschätzung polarisierter. Sowohl der Anteil derjenigen, die ernste Folgen sehen, als auch der Anteil der Leugner ist größer. Eine mögliche Erklärung könnte die Einschätzung der militärischen Lage sein. In der »DNR« hielten 51 Prozent der Befragten die Wiederaufnahme der Kämpfe (Beschuss) für wahrscheinlich, in der »LNR« nur 7 Prozent. Unserer Meinung nach könnte die hohe Angst vor einer Wiederaufnahme der Kämpfe die Aufrichtigkeit der Befragten in der »DNR« beeinträchtigen: Die Menschen könnten die Krankheitslage zurückhaltender beurteilen, um mögliche Vorwürfe der Illoyalität zu vermeiden. Es könnte auch sein, dass die Pandemie im Vergleich zur Sorge vor einer militärischen Eskalation als weniger dramatisch wahrgenommen wird.

Tabelle 2 zeigt aber vor allem, dass die Lage in den von der Ukraine kontrollierten Teilen der Regionen Donezk und Luhansk deutlich bedrohlicher wahrgenommen wird. Die Antwortoptionen waren unterschiedlich formuliert, aber sollten direkt vergleichbar sein. Anzumerken ist hier, dass die Medien in den »TOT«-Gebieten bezüglich der Pandemie von Herbst 2020 bis Frühjahr 2021 regelmäßig intensiv von der »Katastrophe« in der Ukraine und der »stabilen Lage« in den »TOT«-Gebieten berichteten.

Bei der Umfrage in den »TOT«-Gebieten haben wir auch versucht herauszufinden, wie ernst die Pandemie im Vergleich zu ständigen Problemen wie sozialen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten oder militärischen Konflikten genommen wird. Die Befragten wurden gefragt, für wie wahrscheinlich sie bestimmte Entwicklungen halten. Interessanterweise waren die Einschätzungen der Bewohner der »TOT«-Gebiete Donezk und Luhansk erneut unterschiedlich. Auffällig war, dass die Einschätzung des Coronavirus-Risikos in naher Zukunft in der »DNR« sehr niedrig und in der »LNR« recht hoch war (siehe Tabelle 3 auf S. 20).

Durch die Pandemie-Bekämpfung begründete Maßnahmen

Während der Diskussionen in Fokusgruppen berichteten Teilnehmer, die ständigen Kontakt zu Verwandten oder Freunden aus den »TOT«-Gebieten pflegen, dass die dort verhängten Maßnahmen zur Pandemie-Bekämpfung oft nicht eingehalten werden. Praktisch niemand überwache die Einhaltung der Maskenpflicht. Solche Aussagen widersprachen der offiziellen Linie der »TOT«-Gebiete über die Notwendigkeit strenger Quarantänemaßnahmen und die Notwendigkeit, die Kontrollpunkte zum Übergang in die Ukraine zu schließen, um die Pandemie einzudämmen.

Die Teilnehmer der Fokusgruppe sprachen von der Unzumutbarkeit und Absurdität der Schließung des Kontrollpunktes während der Pandemie. Dies erschwere nur das Leben der Menschen auf beiden Seiten der Demarkationslinie und schützte niemanden vor einer Ausbreitung der Infektion.

Ein weiteres kontroverses Thema waren Impfungen. Der einzige in den vorübergehend besetzten Gebieten verfügbare Impfstoff ist »Sputnik V« aus Russland. Unsere Ergebnisse zeigen, dass Informationen über den russischen Impfstoff und Impfungen im Allgemeinen in den »TOT«-Gebieten aktiv verbreitet und diskutiert werden, die Bewertungen für die Menschen aber politisch brisant erscheinen. Im Frühjahr 2021 gaben in der »LNR« 34 Prozent der Befragten und in der »DNR« 16 Prozent an, dass sie mit Sicherheit wüssten, dass die Bevölkerung in naher Zukunft gegen das Coronavirus geimpft wird. Weitere 49 Prozent bzw. 67 Prozent

erklärten, von Impfungen gehört zu haben, aber nichts über den Zeitpunkt der Impfung zu wissen. Nur 14 Prozent bzw. 17 Prozent gaben an, noch nie von Impfungen gehört zu haben.

Einerseits demonstrierten diese Daten die Stärke der russischen Informationsarbeit für den eigenen Impfstoff. In den Fokusgruppen wurde auch berichtet, dass Bekannten, vor allem Ärzte, sich bereits für die Sputnik-V-Impfung angemeldet hätten, ohne dass sie dazu gezwungen worden seien. Die Teilnehmer berichteten auch über die Einrichtung von Online-Portalen für die Vergabe von Impfterminen für normale Bürger. Dies stand in starkem Gegensatz zum Mangel an Informationen über die Verfügbarkeit von Impfstoffen und den Impfzeitpunkt in den von der Ukraine kontrollierten Gebieten.

Andererseits berichtete keiner der Teilnehmer der Fokusgruppen aus dem von der Ukraine kontrollierten Gebiet, dass ihre Verwandten oder Bekannten aus den »TOT«-Gebieten versucht hätten, sie von der Notwendigkeit einer Impfung oder den Vorteilen des russischen Impfstoffs zu überzeugen, stattdessen wurden oft Zweifel an der Notwendigkeit der Impfung geäußert. Dabei wurde Covid-19 oft als »grippeähnlich« verharmlost und Positionen von Corona-Leugnern und Impfgegnern wurden in sozialen Netzwerken geteilt.

Trotz der Dominanz russischer Medien war die Bevölkerung in den »TOT«-Gebieten dem russischen Impfstoff gegenüber eher skeptisch. Nur 21 Prozent der Befragten gaben an Sputnik V für »den einzigen zuverlässigen Impfstoff« zu halten. 19 Prozent hielten Sputnik für »den gleichen Impfstoff wie in anderen Ländern«, 16 Prozent für »einen Impfstoff von zweifelhafter Qualität«. 25 Prozent gaben an, davon noch nie gehört zu haben und weitere 19 Prozent wollten nicht antworten. Auffällig ist hier die hohe Anzahl an verweigerten Antworten und die Behauptung, von Sputnik konkret nie gehört zu haben, obwohl es eine große Impfdiskussion gibt.

Unsere repräsentative Umfrage unter der ukrainischen Bevölkerung zeigt eine noch größere Skepsis, was auch daran liegen dürfte, dass Sputnik V in der Ukraine nicht zugelassen ist. 6 Prozent gaben an, den russischen Impfstoff für wirksam zu halten. Weitere 28 Prozent hatten von dem Impfstoff gehört, waren sich aber nicht sicher, ob er wirksam ist. 31 Prozent hielten ihn für unzuverlässig und 35 Prozent gaben an, noch nie von Sputnik V gehört zu haben.

Ein Vergleich der Daten dieser beiden Umfragen ist aufgrund des mangelnden Vertrauens in die Repräsentativität der Stichprobe in den »TOT«-Gebieten nicht möglich. Die mangelnde Bereitschaft, sich zum russischen Impfstoff »Sputnik« konkret zu positionieren,

könnte darauf verweisen, dass eine persönliche Aussage dazu als brisant eingeschätzt wird. Auffällig ist jedoch, dass ein erheblicher Teil der Bürger auf beiden Seiten der Demarkationslinie anscheinend nicht das Gefühl hatte, zuverlässige Informationen über den russischen Impfstoff zu haben.

Wir gehen anhand unserer Ergebnisse davon aus, dass im Februar 2021 jeder Dritte in der Ukraine und wahrscheinlich jeder Vierte in den »TOT«-Gebieten überhaupt kein Interesse an einer Impfung hatte und dementsprechend noch nichts von einem russischen oder einem anderen Impfstoff gehört hatte. In der repräsentativen Umfrage in der Ukraine waren die Bekanntheitsgrade anderer Impfstoffe auch relativ niedrig: Moderna 47 Prozent, AstraZeneca 46 Prozent und Pfizer-Biontech 34 Prozent.

Die medizinische Versorgung im von der Ukraine kontrollierten Gebiet wurde im Vergleich zur Situation in den »TOT«-Gebieten von Bewohnern von Gemeinden an der Grenzlinie (Marijinka, Schtschastya) subjektiv als besser wahrgenommen.

Sozio-ökonomische Folgen, die mit der Pandemie begründet werden

Die negativsten Veränderungen während der Epidemie betrafen jedoch die sozio-ökonomischen Aspekte des Lebens.

Während der Fokusgruppensitzungen Anfang 2021 erfuhren wir, dass in der »LNR« die Verwaltung neue Steuern und Bußgelder für kleine Unternehmen einführt und die Mieten auf offenen Märkten erhöhte. All diese Maßnahmen wurden mit der Notwendigkeit begründet, die mit der Pandemie verbundenen Kosten zu decken. Die Schließung der Kontrollpunkte traf Kleinhändler stark, die Waren aus dem von der Ukraine kontrollierten Gebiet in die »TOT«-Gebiete transportierten. Steigende Kosten und fehlende Konkurrenz für russische Produkte führten zu Preissteigerungen und belasteten gleichzeitig den lokalen Einzelhandel. Viele Unternehmer mussten ihre Geschäfte vorübergehend schließen oder stellten ihre Geschäftstätigkeit ganz ein und zogen nach Russland.

In den »TOT«-Gebieten befanden sich die Rentner in der schlimmsten Situation. Durch die Schließung der Kontrollpunkte verloren sie die Möglichkeit, sich ihre Renten im von der Ukraine kontrollierten Gebiet persönlich auszahlen zu lassen. Stattdessen waren sie gezwungen, die Dienste spezieller Vermittler in Anspruch zu nehmen, die gegen eine Provision von 10–15 Prozent der Rente die elektronische Überweisung von Renten an russische Finanzunternehmen und Bargeldabhebungen in russischen Rubel zu einem überhöhten Wechselkurs organisierten. Die geringe Höhe der Renten, die meistens vollständig für den Kauf von Lebensmitteln

und Medikamenten benutzt wurden, machte dies für viele zu einem existenziellen Problem.

Befragte in der Region Donezk berichteten, dass die Verwaltung der »DNR« die Pandemie nutzte, um Wohnimmobilien von Eigentümern zu beschlagnahmen, die auf der anderen Seite der Grenzlinie wohnten. Die Schließung der Kontrollpunkte in der Region Donezk führte dazu, dass diese Eigentümer keine Möglichkeit mehr hatten vor Ort die Nebenkosten zu bezahlen. Die entstandenen Schulden wurden als Grund für die Enteignungen genutzt.

Teilnehmer aus der Region Luhansk berichteten, dass die von der »LNR« kontrollierten (2017 konfiszierten) Kohlebergwerke begannen, die Beantragung russischer Pässe zu verlangen. Nur Inhaber eines solchen Passes hatten Anspruch auf Sozialleistungen bei vorübergehender Arbeitslosigkeit, wie z. B. Krankengeld bei einer Krankheit und Anspruch auf eine Rente bei krankheits- oder altersbedingter Kündigung.

Im Dezember 2021 hatten wir im Rahmen neuer Fokusgruppen in Gemeinden direkt an der Frontlinie in der Region Donezk (Svitlodarsk) und Luhansk (Schtschastja) die Gelegenheit, die Beschreibung der Situation mit der Wahrnehmung vor knapp einem Jahr zu vergleichen. mit dem Krankheitsstand und Behandlung des Coronavirus in den »TOT«-Gebieten zu vergleichen. In allen Fällen handelte es sich bei den Befragten um andere Staatsbürger als die zu Jahresbeginn befragten Personen.

Wir erhielten subjektive Rückmeldungen, die wesentlich schlechterer Natur waren als im Februar 2021. Eine Teilnehmerin berichtete zum Beispiel, dass ihre Freundin in Donezk nach einem positiven Coronatest erst nach Zahlung eines Bestechungsgeldes von 500 US-Dollar ins Krankenhaus kam, wo sie weitere 200 Dollar für die Behandlung zahlen musste. Ein anderer Befragter sagte, dass die Menschen in Donezk sieben Tage warten

müssten, um ihre an Coronavirus gestorbenen Angehörigen zu beerdigen.

Resümee

Unsere Ergebnisse für die vorübergehend besetzten Gebiete in der Ostukraine sind nicht repräsentativ. Aufgrund der relativ großen Zahl der Befragten sollten sie aber eine grobe Einschätzung ermöglichen. Zu beachten ist aber auch, dass Bewohner der »TOT«-Gebiete aus Angst vor negativen Folgen ehrliche Antworten teilweise als riskant einschätzen. Fasst man die begrenzten Informationen zusammen, die wir durch unsere Umfragen und Fokusgruppen sammeln konnten, ergeben sich die folgenden vorläufigen Annahmen in Bezug auf die Corona-Pandemie und ihre sozioökonomischen Folgen in den »TOT«-Gebieten:

Viele Menschen haben signifikante negative Veränderungen in der Gesundheitsversorgung festgestellt, die sich von den Folgen der üblichen saisonalen Morbidität unterscheiden.

Im Winter 2020/2021 sorgten jedoch als unverhältnismäßig und ungerechtfertigt wahrgenommene Beschränkungen für die meiste Kritik, insbesondere die Sperrung der Kontrollpunkte an der Demarkationslinie.

Es entstand eine Diskrepanz zwischen der offiziellen Propaganda Russlands und der »TOT«-Gebiete zum Schutz der Bevölkerung einerseits und der Alltagserfahrung der Bewohner der »TOT«-Gebiete andererseits, da die Schutzmaßnahmen nicht eingehalten wurden.

Die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Pandemie sind in den »TOT«-Gebieten vor allem für den Einzelhandel und Rentner dramatisch. Für medizinische Behandlung geforderte Bestechungsgelder nehmen dem ärmeren Teil der Bevölkerung die Möglichkeit einer angemessenen Versorgung.

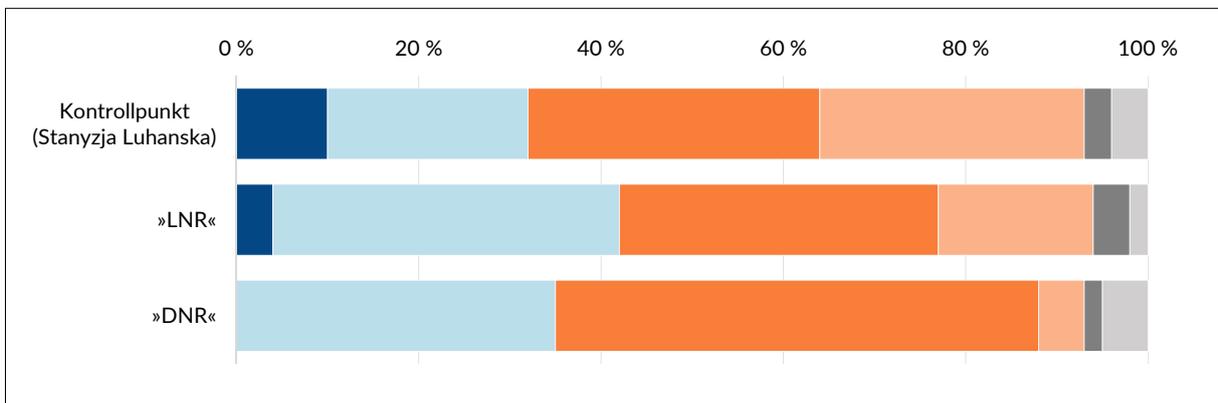
Übersetzung aus dem Ukrainischen: Lina Pleines

Über den Autor

Petro Burkovskyyi ist Senior Fellow der Stiftung Demokratische Initiative in Kiew. Er war Leiter des Zentrums für Russland-Studien am Nationalen Institut für Strategische Studien, wo er seit 2006 als Beamter tätig ist. Seit 2004 arbeitet er für die Medien-Beobachtungsstelle »Detector Media«, die politische Propaganda, Beeinflussung und Manipulationen erfasst. Er besitzt einen Masterabschluss in Politikwissenschaft der Nationalen Universität Kiewer-Mohyla-Akademie (2004) und ist Alumnus des George C. Marshall European Center for Security Studies (2007). Seine Expertise umfasst die Bereiche Geschichte, vergleichende Analyse, Verfassungsrecht, politische Entscheidungsfindungsprozesse, Sicherheitspolitik, Energiepolitik, internationale Beziehungen.

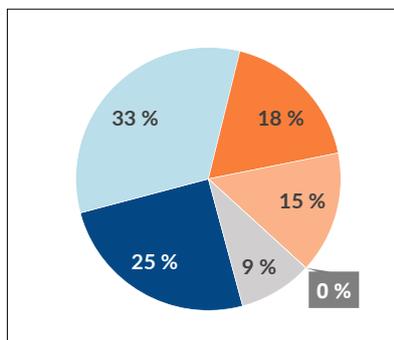
Tabelle 1: Einschätzung der Pandemie-Lage in den »TOT«-Gebieten, 2020/2021

Antwortoptionen für die »TOT«-Gebiete	Kontrollpunkt (Stanyzja Luhanska) (N = 400, Februar 2021)	»LNR« (N = 100, März 2021)	»DNR« (N = 100, März 2021)
■ Sehr viele sind erkrankt, Krankenhäuser sind überfüllt und viele Menschen sterben	10 %	4 %	0 %
■ Viele sind erkrankt, Menschen sterben, aber die Situation ist nicht kritisch	22 %	38 %	35 %
■ Es gibt Kranke, aber nur wenige sind gestorben	32 %	35 %	53 %
■ Es passiert nichts Besonderes	29 %	17 %	5 %
■ Es gibt kein Coronavirus	3 %	4 %	2 %
■ Schwer zu beantworten	4 %	2 %	5 %



Quellen: nicht repräsentative Umfrage der Stiftung Demokratische Initiativen Ilko Kutscheriw an den Kontrollpunkten, Februar 2021, N=400 sowie eine nicht repräsentative Umfrage in den vorübergehend besetzten Gebieten in den Regionen Donezk und Luhansk, März 2021, N=200.

Tabelle 2: Einschätzung der Pandemie-Lage in den von der Ukraine kontrollierten Teilen der Regionen Donezk und Luhansk, Februar/März 2021



Antwortoptionen für die landesweite ukrainische Umfrage	Regionen Donezk und Luhansk (N = 129, Februar 2021)
■ Sehr bedrohlich	25 %
■ Mittelmäßig bedrohlich	33 %
■ Eher nicht bedrohlich	18 %
■ Nicht bedrohlich	15 %
■ Leugner	-
■ Schwer zu beantworten	9 %

Quelle: Teilergebnisse einer landesweiten repräsentativen Umfrage der Stiftung Demokratische Initiativen Ilko Kutscheriw, Februar 2021, N=129.

Tabelle 3: Erwartungen zur Entwicklung zentraler Probleme

	ausgeschlossen			wahrscheinlich		
	»LNR«	»DNR«	Vergleich	»LNR«	»DNR«	Vergleich
Verschlimmerung der Pandemie (Zunahme der Sterblichkeit)	23 %	46 %		25 %	3 %	
Wirtschaftliche und soziale Krise	18 %	23 %		15 %	14 %	
Kampfhandlungen	21 %	19 %		20 %	30 %	

Anmerkung: »Ausgeschlossen« fasst die Antworten »sicher ausgeschlossen« und »eher unwahrscheinlich« zusammen. »Wahrscheinlich« fasst die Antworten »wahrscheinlich« und »sicher« zusammen. Fehlende Prozentzahlen entfallen auf »kann passieren oder auch nicht« so wie »schwer zu sagen«.

Quelle: nicht repräsentative Umfrage in den vorübergehend besetzten Gebieten in den Regionen Donezk und Luhansk, März 2021, N=200.

ANALYSE

Die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen: Was ist möglich?

Von Heiko Pleines (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)

DOI: 10.31205/UA.261.05

Zusammenfassung

Im Kontext der aktuellen internationalen Krise um den russischen Truppenaufmarsch an der Grenze zur Ukraine wird regelmäßig auf die Minsker Vereinbarungen von 2014/15 Bezug genommen, die den gewaltsamen Konflikt in der Ostukraine beilegen sollten. Fortschritte werden aber seit langem dadurch verhindert, dass Russland und die Ukraine sich gegenseitig vorwerfen, ihre Verpflichtungen aus den Minsker Vereinbarungen nicht zu erfüllen und so die Umsetzung zu blockieren. Hier wird deshalb eine kurze Bestandsaufnahme der vorgesehenen Maßnahmen und ihrer Umsetzung vorgenommen, um die Chance auf Fortschritte realistisch einschätzen zu können.

Entstehungsgeschichte

Nachdem der bewaffnete Konflikt in der Ostukraine im Sommer 2014 eskaliert war, wurden von den Staatschefs der Ukraine, Russlands, Deutschlands und Frankreichs im Juni 2014 in der Normandie Verhandlungen zur Beilegung des Konfliktes aufgenommen. Vertreter der pro-russischen Separatisten sind hier offiziell nicht eingebunden.

Die Minsker Abkommen wiederum wurden von der trilateralen Kontaktgruppe bestehend aus der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE), der Ukraine und Russland unter Anwesenheit von Vertretern der pro-russischen Separatisten (also der selbst-erklärten Donezker und Luhansker Volksrepubliken – »DNR« und »LNR«) vereinbart. Die erste Vereinbarung wurde im September 2014 in Minsk unterzeichnet (»Minsker Protokoll«, https://peacemaker.un.org/sites/peacemaker.un.org/files/UA_140905_MinskCeasfire_en.pdf). Nach dem erneuten Ausbrechen massiver Kampfhandlungen im Januar 2015 wurde im Februar

2015 ein ergänzendes Maßnahmenpaket zur Umsetzung der Minsker Vereinbarungen beschlossen (»Minsk 2«, https://peacemaker.un.org/sites/peacemaker.un.org/files/UA_150212_MinskAgreement_en.pdf), das im Normandie-Format vorbereitet worden war.

Im Kontext der aktuellen internationalen Krise um den russischen Truppenaufmarsch an der Grenze zur Ukraine wird regelmäßig auf die Minsker Vereinbarungen Bezug genommen. Der französische Präsident Emmanuel Macron erklärte nach separaten Treffen mit dem russischen Präsidenten in Moskau und dem ukrainischen Präsidenten in Kiew am 8. Februar 2022, dass die Minsker Vereinbarung der einzige Weg sei, Frieden sowie eine politisch dauerhafte Lösung zu erreichen. Die Vereinbarung sei der beste Schutz für die territoriale Integrität der Ukraine. Bereits am 27. Januar 2022 hatte das erste Treffen im »Normandie-Format« zur Diskussion des Konfliktes seit 2019 stattgefunden. Ein Arbeitsgespräch folgte am 10. Februar.

Hier wird deshalb eine kurze Bestandsaufnahme der vorgesehenen Maßnahmen und ihrer Umsetzung vorgenommen, um die Chance auf Fortschritte realistisch einschätzen zu können. Für eine bessere Übersichtlichkeit wurden alle Bestimmungen der beiden Minsker Vereinbarungen nach inhaltlichen Kriterien zusammengefasst.

Waffenstillstand

Die Minsker Vereinbarungen sehen einen Waffenstillstand vor, wobei die Regelungen in Minsk 2 präziser sind und zeitliche Vorgaben enthalten. Der Waffenstillstand soll durch die OSZE überwacht werden. Schwere Waffen sollten zurückgezogen werden. Ausländische Militärkräfte sollten das Land verlassen. Es ist ein Flugverbot für Kampfflugzeuge und Drohnen vorgesehen, mit Ausnahme von Beobachtungsdrohnen der OSZE. An der ukrainisch-russischen Grenze sollte eine durch die OSZE-überwachte Sicherheitszone geschaffen werden (Minsk 1), und nach Umsetzung der politischen Lösung sollte die Ukraine die volle Kontrolle über die Grenze erhalten (Minsk 2). Alle Gefangenen sollten freigelassen werden, und alle am Konflikt Beteiligten sollten unter eine Amnestieregelung fallen.

Das in Minsk 1 vorgesehene Amnestiegesetz wurde bereits im September 2014 vom ukrainischen Parlament verabschiedet. Ein Austausch von Gefangenen hat wiederholt stattgefunden, wurde aber bisher nicht vollständig durchgeführt.

Der Waffenstillstand wurde nicht eingehalten. In den folgenden Jahren gab es mehrfach erneute Vereinbarungen, den Waffenstillstand umzusetzen. Die OSZE-Beobachtermission registriert jedoch von beiden Seiten fortwährend Verletzungen des Waffenstillstands. Dabei wird insbesondere durch die Separatisten die Arbeit der Beobachtermission häufig behindert. Noch im Februar 2022 identifizierte die Beobachtermission schwere Waffen auf der Seite der Separatisten, die gegen die Rückzugslinien verstießen. (Die täglichen Berichte der Mission finden sich hier: <https://www.osce.org/ukraine-smm/reports>)

Die Sicherheitszone an der Grenze zu Russland wurde nicht eingerichtet. Stattdessen ließ Russland nur die Überwachung von zwei Grenzübergängen durch die OSZE zu. Auch diese Überwachung musste Ende September 2021 auf Russlands Wunsch beendet werden.

Es gibt regelmäßig gut dokumentierte Hinweise auf reguläre russische Soldaten in der Ostukraine. So wurden in der Anfangsphase russische Soldaten in der Ukraine gefangen genommen und in der Ukraine gefallene russische Soldaten anonym in Russland beerdigt. Russische Soldaten veröffentlichten in sozialen Medien Fotos von ihren »Übungen«, bei denen die automatisch ergänzten GPS-Daten die Ostukraine als Standort anzeigten. Zuletzt verhängte ein Gericht in der russi-

schen Stadt Rostow im November 2021 ein Urteil wegen Bestechung im Zusammenhang mit der Lebensmittelversorgung der »militärischen Einheiten der russischen Armee, die auf dem Gebiet der selbst-erklärten DNR und LNR stationiert sind«. Russland hat dies offiziell als Missverständnis bezeichnet, ohne zu erklären wie so ein Missverständnis möglich sein konnte. Es kann also davon ausgegangen werden, dass entgegen der Vorgaben der Minsker Vereinbarungen die russische Armee in den »Volksrepubliken« präsent ist.

Politische Lösung

Die Minsker Abkommen sehen zwei zentrale Elemente einer politischen Lösung vor: vorgezogene Lokalwahlen in den Separatistengebieten entsprechend der ukrainischen gesetzlichen Regelungen und Dezentralisierung des ukrainischen Staatsaufbaus. Die Lokalwahlen sollen OSZE-Standards entsprechen und von der OSZE beobachtet werden. Wahlen und Dezentralisierung sollten mit Vertretern der Separatisten vereinbart werden. Dabei wird die konkrete Ausarbeitung der politischen Lösung auf weitere Verhandlungen in der trilateralen Kontaktgruppe verschoben.

Nach Minsk 1 verabschiedete die Ukraine umgehend ein Gesetz zum Sonderstatus der Gebiete in der Ostukraine, die sich nicht unter Regierungskontrolle befinden. Das Gesetz schuf die Grundlage für vorgezogene Lokalwahlen im Separatistengebiet, die im Dezember 2014 stattfinden sollten. Bereits im November führten die Separatisten dann im von ihnen kontrollierten Gebiet Wahlen (<https://www.laender-analysen.de/ukraine-analysen/140/wahlen-in-den-separatistengebieten/>) durch, die der Minsker Vereinbarung in zentralen Punkten nicht entsprachen, da sie weder ukrainischem Recht noch demokratischen Standards gerecht wurden und nicht als Lokalwahlen sondern als Präsidenten- und Parlamentswahlen eines unabhängigen Staates deklariert wurden.

In Reaktion auf Minsk 2 wurde das Gesetz über den Sonderstatus dann von der Ukraine im März 2015 erweitert. Gleichzeitig wurde festgelegt, dass die Gebiete ihren Sonderstatus mit weitgehenden Autonomierechten erst nach der Durchführung ordentlicher Lokalwahlen entsprechend der Vorgaben der Minsker Vereinbarungen erhalten. Bis zur Durchführung solcher Lokalwahlen gilt für das Separatistengebiet gemäß eines zusätzlichen Beschlusses des Parlaments der Status eines vorübergehend besetzten Territoriums. Die Ukraine hat sich damit der in Minsk 2 vorgesehenen Absprache der Lokalwahlen mit den Separatisten verweigert, nachdem diese sich nicht an die Vorgaben der Minsker Abkommen bezüglich der Lokalwahlen gehalten hatten. Der autoritäre Charakter der aktuellen politischen Machtstrukturen in »DNR« und »LNR« lässt die Durchführung demo-

kratischer Wahlen unter OSZE-Beobachtung weiterhin als unrealistisch erscheinen.

Für die in den Minsker Vereinbarungen vorgesehene Dezentralisierung der Ukraine ist eine Verfassungsreform erforderlich, da die zentralstaatliche Organisation in der Verfassung festgelegt ist. Anfang März 2015 setzte der damalige ukrainische Präsident Petro Poroschenko für diese Aufgabe eine Verfassungskommission ein, zu der auch Vertreter aus der Ostukraine – aber keine von den Separatisten akzeptierten Teilnehmer – eingeladen wurden. Als das Parlament den resultierenden Entwurf Ende August 2015 diskutierte, kam es vor dem Parlamentsgebäude zu gewalttätigen Ausschreitungen, in deren Folge vier Polizisten starben. Nationalistische Mitglieder der Regierungskoalition traten aus Protest gegen das Gesetz zurück.

Im Juni 2016 erklärte Poroschenko dann, dass die entsprechende Verfassungsänderung nur beschlossen werden könne, wenn zuvor ein beständiger Waffenstillstand erreicht und russische Kräfte aus der Region abgezogen worden seien. Im Januar 2018 verabschiedete das ukrainische Parlament ein Gesetz zur Reintegration der von Separatisten kontrollierten Gebiete, in dem Russland als "Aggressor und Besatzer" und damit als direkter Akteur der militärischen Handlungen in den besetzten Gebieten definiert wurde.

Die Versuche von Poroschenkos Nachfolger Wolodymyr Selenskyj, nach seinem Amtsantritt im Mai 2019 eine Entspannung des Konfliktes zu erreichen, wurden von Russland und den Separatisten nicht ernsthaft angenommen. Es gab zeitweise Erfolge bei der Durchsetzung des Waffenstillstands. Inhaltlich wurde für die Durchführung der Lokalwahlen die sogenannte Steinmeier-Formel aufgegriffen, die auf einen Vorschlag zurückgeht, den Frank-Walter Steinmeier während seiner Zeit als Außenminister gemacht hatte. Dieser Vorschlag sieht vor, dass die Ukraine nur für den Moment der Wahl den Separatistengebieten einen Sonderstatus gewährt und dieser Sonderstatus nur dann dauerhaft in Kraft tritt, wenn die Wahlbeobachtung durch die OSZE ein demokratisches Wahlergebnis bestätigt. Im Oktober 2019 bestätigten die Ukraine und die Separatisten gegenüber der OSZE im Rahmen der trilateralen Kontaktgruppe ihre Unterstützung für die Steinmeier-Formel. Seitdem hat es aber keine Fortschritte gegeben.

Wiederaufbau des Donbas

Minsk 1 behandelte den Wiederaufbau des Donbas nur in sehr allgemeiner Form. Minsk 2 machte dann ausschließlich konkretere Vorgaben für die sozio-ökonomischen Verbindungen zwischen dem Separatistengebiet und der restlichen Ukraine. Dabei geht es vor allem um die Wiederherstellung eines gemeinsamen Zahlungssystems und der Wiederaufnahme von Sozialleistun-

gen, Zahlungen für die kommunale Versorgung und Steuerzahlungen.

Spätestens mit der Einstellung des Güterverkehrs durch die Ukraine und der Enteignung ukrainischer Unternehmen in der »DNR« und »LNR« im Jahre 2017 sind die direkten Wirtschaftsbeziehungen weitgehend zusammengebrochen. Bewohner der Separatistengebiete müssen in das von der Ukraine kontrollierte Gebiet einreisen, um Sozialleistungen wie etwa Renten zu beziehen. Es ist offensichtlich, dass der Wiederaufbau erst nach der Umsetzung des Waffenstillstands und zumindest dem Beginn einer politischen Lösung erfolgen kann.

Ambivalenzen

Die Minsker Vereinbarungen sind in zwei Aspekten so unpräzise, dass die Interpretation ihrer Vorgaben umstritten ist. Erstens benennen die Vereinbarungen für viele vorgesehene Maßnahmen keinen verantwortlichen Akteur. Die Formulierungen sind im Passiv. Minsk 1 nennt nur die OSZE als Verantwortlichen für die Kontrolle einiger Maßnahmen. Minsk 2 benennt für den Waffenstillstand klar die ukrainischen Truppen und die »bewaffneten Formationen aus bestimmten Teilen der Regionen Donezk und Luhansk der Ukraine«, also die Separatisten. Bei den Vorgaben für die Verabschiedung ukrainischer Gesetze ist klar, dass Regierung und Parlament der Ukraine zuständig sind, auch wenn diese nicht namentlich genannt werden.

Der Verzicht auf die Benennung verantwortlicher Akteure für konkrete Maßnahmen ist eine Folge der angespannten Verhandlungssituation. Russland vertritt offiziell die Position, dass es keine am Konflikt beteiligte Partei ist, sondern als Vermittler an den Verhandlungen teilnimmt. Konfliktparteien sind aus russischer Sicht allein die Ukraine und die Separatisten. Dementsprechend enthalten die Vereinbarungen keine direkte Handlungsanweisung an Russland.

Es ist aber klar, dass die in den Vereinbarungen vorgesehene Kontrolle der russisch-ukrainischen Grenze nicht ohne die Beteiligung Russlands funktionieren kann. Wenn die Vereinbarungen den »Abzug aller ausländischen bewaffneten Verbände, militärischen Ausrüstung« (Minsk 2, Punkt 10) fordern, dann bedeutet die russische Position de facto, dass die Separatisten den Abzug der russischen Armee aus dem von ihnen besetzten Gebiet zu organisieren haben, ohne dass Russland damit etwas zu tun hätte.

Die Ukraine wiederum ist nicht bereit, die Vertreter der international nicht anerkannten »Volksrepubliken«, die sie als Terroristen bezeichnet, durch direkte Verhandlungen zu legitimieren. Die Verhandlungen finden dementsprechend im Rahmen der »trilateralen« Kontaktgruppe statt, die sich auf OSZE, Ukraine und Russland als die drei beteiligten Akteure bezieht. Vor allem will

die Ukraine vermeiden, dass die von Russland abhängigen Separatisten ein Mitspracherecht bei Lokalwahlen und Verfassungsreform bekommen. Gleichzeitig sehen die Minsker Vereinbarungen aber eindeutig die Abstimmung mit den Separatisten zu diesen Themen vor.

Zweitens wird in den Minsker Vereinbarungen kein eindeutiger Zeitplan für die Umsetzung festgelegt. Es wäre logisch erst mit dem Waffenstillstand zu beginnen und dann mit der politischen Lösung und dem Wiederaufbau fortzufahren. Die Minsker Vereinbarungen geben aber hier keine vollständige Reihenfolge vor. Minsk 1 verzichtet komplett auf einen Zeitplan. Die einzige Zeitangabe bezieht sich auf den Waffenstillstand und die Freilassung von Geiseln, die »umgehend« erfolgen sollen.

Minsk 2 macht konkrete Zeitangaben für den Waffenstillstand, einschließlich des Abzugs schwerer Waffen und des Gefangenen austausches, sowie für die rechtliche Festlegung des Gebietes für das die Sonderregeln gelten, also des Separatistengebietes, durch das ukrainische Parlament. Alle diese Maßnahmen sollen bereits nach 30 Tagen, also Mitte März 2015, umgesetzt sein. Die ukrainische Verfassungsreform soll bis Ende 2015 in Kraft treten. Eine zeitliche Abfolge gibt es nur in zwei Fällen: Am ersten Tag nach dem Abzug der schweren Waffen soll der Dialog über die Lokalwahlen beginnen. Nach der Durchführung der Lokalwahlen und der Verfassungsreform soll die Ukraine die volle Kontrolle über die Grenze übernehmen. Für die Lokalwahlen selber gibt es keine Zeitangabe.

Nach der Unterzeichnung von Minsk 2 war schnell klar, dass mit Ausnahme der ukrainischen Gesetze zur Amnestie und zur Definition der Separatistengebiete keine einzige der für die ersten 30 Tage vorgesehenen Maßnahmen vollständig umgesetzt wurde. Im Ergebnis hat jede Seite nach eigenem Belieben bestimmte Maßnahmen priorisiert, ohne dass die Minsker Vereinbarungen dafür eine belastbare Grundlage bieten. Festgehalten werden kann aber, dass Minsk 2 eigentlich Verhandlungen über Lokalwahlen erst nach dem Abzug schwerer Waffen vorsieht, der immer noch nicht vollständig umgesetzt wurde, und dass die Ukraine die vollständige Kontrolle über die Grenze zu Russland erst nach Lokalwahlen und Verfassungsreform erhalten soll.

Ein drittes Problem ergibt sich daraus, dass die Minsker Vereinbarungen viele Fragen offen lassen und de facto auf spätere Verhandlungen verschieben. So sollen z. B. die Lokalwahlen nach ukrainischem Recht und demokratischen Standards durchgeführt werden. Hier ergeben sich sofort vier problematische Fragen:

(1) Wer darf wählen? Das ukrainische Wählerverzeichnis für die betroffenen Gebiete ist noch auf dem Stand von 2014. Ein großer Teil der Bevölkerung ist aus den Separatistengebieten geflohen und es

ist unklar, ob dies einen Verlust des Wahlrechts bedeutet, auch wenn der Wohnsitz nicht abgemeldet wurde. Gleichzeitig bietet Russland den in den Separatistengebieten verbliebenen Bewohnern die russische Staatsbürgerschaft an, die aber nach ukrainischem Recht den Verlust der ukrainischen Staatsbürgerschaft und damit auch des Wahlrechts bedeuten würde.

- (2) Wer darf kandidieren? In den Separatistengebieten sind ukrainische Parteien verboten worden. Versammlungs-, Presse- und Meinungsfreiheit sind nicht gewährleistet. Es kommt zu willkürlichen Verhaftungen und Folter in Reaktion auf kritische politische Aussagen. Es ist unklar, wie unter diesen Bedingungen ein Wahlkampf erfolgen und Wahlen demokratischen Standards gerecht werden können.
- (3) Wer organisiert die Wahl? Die OSZE ist nur als Beobachter vorgesehen. Organisiert werden müsste die Wahl also durch die zuständigen ukrainischen Behörden. Diese müssten dazu in den Separatistengebieten eingerichtet werden und alle für die Wahl erforderlichen Kompetenzen und Informationen bekommen.
- (4) Was machen die Wahlgewinner? Die »Volksrepubliken« haben derzeit einerseits die Institutionen von Staaten, wie etwa Ministerien, einschließlich des Eigentums an vielen enteigneten Wirtschaftsbetrieben und andererseits eine Verwaltung, die mit Loyalisten besetzt wurde. Gewählte Bürgermeister und Stadträte können hier nicht einfach nahtlos ihre Ämter antreten.

Die Minsker Vereinbarungen machen auch keine Vorgaben, wer die »Vertreter bestimmter Gebiete der Regionen Donezk und Luhansk« sein sollen, mit denen die die Verfassungsreform zur Sonderrolle ihrer Gebiete abgestimmt werden soll. Von demokratischen Standards her gedacht sollten diese Vertreter demokratisch legitimiert sein, also erst nach den Lokalwahlen von den dann gewählten Repräsentanten dieser Gebiete bestimmt werden.

Resümee

Viele der in den Minsker Vereinbarungen vorgesehenen Maßnahmen sind unter den gegebenen Bedingungen völlig unrealistisch. Die Vorgabe, dass Lokalwahlen in den »Volksrepubliken« nach demokratischen Standards erfolgen sollen, macht ihre Durchführung de facto unmöglich, da die aktuellen Machthaber keine Wahlniederlage riskieren werden. Gleichzeitig ist zunehmend deutlich geworden, dass »DNR« und »LNR« sowohl militärisch als auch wirtschaftlich von Russland abhängig sind. Es stellt sich damit auch die Frage, inwieweit die Ukraine verpflichtet sein sollte, die Verfassungsreform zur Dezentralisierung mit demokratisch nicht

legitimierten Vertretern der Separatisten abzustimmen. Ebenso hat sich gezeigt, dass die entsprechende Verfassungsreform unter diesen Umständen in der Ukraine politisch nicht durchsetzbar ist.

Offensichtlich ist auch, dass Russland für die »Volksrepubliken« weder freien Wahlen, die seinen Einfluss gefährden könnten, noch einem Ende seiner – offiziell nicht existierenden – militärischen Unterstützung zustimmen wird. Ohne eine grundlegende Änderung der politischen Konstellation sind damit im Rahmen der Minsker Abkommen nur Waffenstillstand und Gefangenaustausch möglich. Auch diese wären für die Bewohner der Region ein wichtiger Fortschritt. Die Beziehungen Russlands zur NATO oder EU lassen sich dadurch aber wohl nicht verändern.

Wenn also trotz fehlender Erfolgsaussichten jetzt wieder im Normandie-Format über die Minsker Vereinbarungen gesprochen wird, dann gibt es dafür zwei Gründe. Vertreter Frankreichs, das derzeit die EU-Ratspräsidentschaft innehat, und Deutschlands hoffen offensichtlich, auf diese Weise längerfristig Gespräche mit Russland führen zu können. Dies bedeutet zum einen, dass die Initiative nicht allein bei USA und NATO liegt. Zum anderen wird immer wieder die Hoffnung geäußert, dass es nicht zu einer Eskalation kommt, solange noch Verhandlungen laufen. Unter Umständen gibt es

auch Überlegungen, Russland durch Zugeständnisse bei den Minsker Vereinbarungen eine »gesichtswahrende« Deeskalation der aktuellen Krise zu ermöglichen.

Aus russischer Sicht dürfte es darum gehen, die Ukraine zu zwingen, die Separatisten als legitime Verhandlungspartner anzuerkennen. Nach den Gesprächen im Normandie-Format am 10.2.2022 verlangte der Vertreter Russlands so, dass Deutschland und Frankreich mehr Druck auf die Ukraine ausüben. Für Russland hätte ein solches Ergebnis eine Reihe von Vorteilen. Erstens würde zumindest indirekt die Position bestätigt, dass Russland keine Konfliktpartei ist. Damit könnten auch die entsprechenden Sanktionen gegen Russland neu in Frage gestellt werden. Zweitens würde die ukrainische Regierung innenpolitisch massiv unter Druck geraten, wenn sie tatsächlich die Separatisten als legitime Verhandlungspartner anerkennen würde. Eine innenpolitische Krise in der Ukraine würde Russlands Position stärken. Drittens würde Russland auch zeigen können, dass der Westen kein verlässlicher Partner ist, sondern seine »Freunde« schnell hängen lässt, ganz im Gegenteil zu Russland, das zuletzt in Belarus und Kasachstan gezeigt hat, dass es loyale Verbündete unterstützt. Gleichzeitig kann Russland durch seinen Einfluss auf die Separatisten sicherstellen, dass eine Einigung gegen russische Interessen unmöglich ist.

Über den Autor

Prof. Dr. Heiko Pleines leitet die Abteilung Politik und Wirtschaft der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen.

CHRONIK

24. Januar – 07. Februar 2022

24.01.2022	Mit Verweis auf eine drohende militärische Eskalation seitens Russlands hat das US-Außenministerium am 23. Januar 2022 die Ausreise angestellter Mitarbeiter:innen erlaubt und beginnt mit dem Abzug berechtigter Familienangehöriger aus der Botschaft in Kyjiw. Auch das Vereinigte Königreich zieht nicht-essenzielles Personal aus seiner Botschaft ab, während die EU laut EU-Außenbeauftragtem Josep Borrell keinen derartigen Abzug veranlassen wird.
24.01.2022	Mit Verweis auf die politischen Spannungen ändern vier europäische Fluggesellschaften, darunter Lufthansa, kurzfristig ihre Flugpläne, sodass ihre Maschinen und deren Besatzungen nicht mehr über Nacht in Kyjiw stationiert sind.
25.01.2022	Nach den USA und Großbritannien ordnet auch Kanada angesichts einer drohenden militärischen Eskalation den Abzug nicht-essenziellen Personals aus seiner Botschaft in Kyjiw an.
25.01.2022	In Kyjiw werden bei Zusammenstößen mit der Polizei während einer Protestkundgebung von mehr als 3.000 Kleinunternehmer:innen gegen die verbindliche Einführung von Registrierkassen, die am 1. Januar in Kraft getreten ist, 20 Personen verletzt.

25.01.2022	Vor dem Hintergrund eines erneuten Anstiegs der Corona-Fallzahlen durch die Verbreitung der Omikron-Variante teilt das Gesundheitsministerium mit, dass die Oblast Riwna ab dem 27. Januar 2022 als »rote« Zone mit den strengsten Quarantäne-Maßnahmen eingestuft wird. Die Oblast Iwano-Frankiwsk gilt schon seit dem 24. Januar als »rote« Zone.
26.01.2022	Die Berater:innen der Staats- und Regierungschefs der Ukraine, Russlands, Deutschlands und Frankreichs, darunter auch der ukrainische Leiter des Präsidentenbüros Andrij Jermak, kommen in Paris zu Beratungen im sog. Normandie-Format zusammen. Nach Angaben von Jermak hätten sie bei dem Treffen über die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen gesprochen und sich auf das erste Abschlusskommuniqué seit 2019 geeinigt.
26.01.2022	Mit 1.919 Neuinfektionen binnen 24 Stunden verzeichnet die ukrainische Hauptstadt Kyjiw nach Angaben des Gesundheitsministeriums einen rapiden Anstieg der Corona-Fälle und den höchsten Stand seit dem 11. November 2021. Insgesamt steigt die Zahl der täglichen Neuinfektionen auf 24.321, die 7-Tage-Inzidenz liegt bei 286,8 pro 100.000 Einwohner:innen.
27.01.2022	Außenminister Dmytro Kuleba teilt mit, dass die am 26. Januar 2022 von der US-Regierung übermittelte schriftliche Antwort auf die russischen Sicherheitsforderungen zuvor mit der ukrainischen Regierung abgesprochen worden war. US-Außenminister Blinken hatte in einem Briefing betont, die Haltung der USA bezüglich eines möglichen NATO-Beitritts der Ukraine habe sich nicht geändert.
27.01.2022	Mit 32.393 Neuinfektionen binnen 24 Stunden verzeichnet die Ukraine nach Angaben des Gesundheitsministeriums die höchste Zahl an neuen Corona-Fällen seit Beginn der Pandemie. Die 7-Tage-Inzidenz steigt damit auf 313,7 pro 100.000 Einwohner:innen.
27.01.2022	Der Wehrpflichtige und Angehörige der Nationalgarde Artemij Rjabschuk wird in Dnipro festgenommen, nachdem er mit der ihm ausgehändigten Waffe vier andere Angehörige der Nationalgarde und eine Zivilistin erschossen sowie fünf weitere Menschen verletzt hat. Der Kommandeur der Nationalgarde, Generaloberst Mykola Balan, reicht daraufhin seinen Rücktritt ein.
28.01.2022	Nach Angaben der Nachrichtenagentur Ukrinform hat das Gericht, bei dem Berufung gegen die vom Kyjiwer Bezirksgericht Petschersk festgelegten Ermittlungsmaßnahmen gegen Ex-Präsident Petro Poroschenko eingelegt worden war, die Prüfung des Falls auf den 11. Februar 2022 verschoben, weil die Akten nicht übermittelt wurden.
28.01.2022	Mit 34.408 Neuinfektionen binnen 24 Stunden verzeichnet die Ukraine einen neuen Rekord seit Beginn der Coronavirus-Pandemie. 3.342 Menschen wurden ins Krankenhaus eingeliefert, 144 Menschen starben. Die 7-Tage-Inzidenz liegt bei 346,6 pro 100.000 Einwohner:innen.
28.01.2022	Das Nationale Antikorruptionsbüro der Ukraine teilt mit, es habe einen Abgeordneten bei der Annahme eines Bestechungsgelds in Höhe von 558.000 Hrywnja (ca. 17.400 Euro) erwischt. Bei dem Abgeordneten handelt es sich der Nachrichtenseite Censor.Net zufolge um Serhij Kusminych aus der Regierungspartei Diener des Volkes.
29.01.2022	Mit 37.351 Neuinfektionen binnen 24 Stunden verzeichnet die Ukraine einen neuen Rekord seit Beginn der Coronavirus-Pandemie. 3.340 Menschen wurden ins Krankenhaus eingeliefert, 149 Menschen starben. Die 7-Tage-Inzidenz liegt bei 380,2 pro 100.000 Einwohner:innen.
31.01.2022	Die Kyjiwer Staatsanwaltschaft erhebt Anklage gegen Petro Pantelejew, den stellvertretenden Leiter der Stadtverwaltung und langjährigen Mitstreiter des Kyjiwer Bürgermeisters Witalij Klytschko. Ihm wird vorgeworfen, Maßnahmen zur Dekontaminierung auf dem Gelände der ehemaligen Chemiefabrik »Radikal« unterlassen zu haben, was zu einer anhaltenden Quecksilberverseuchung in dem Gebiet führte.
31.01.2022	Das Innenministerium teilt mit, dass es eine Gruppe von Personen festgenommen hat, die eine Provokation gewaltsamer Unruhen unter Einsatz von bis zu 5.000 Demonstrant:innen geplant hatte, um die Lage in der Ukraine zu destabilisieren.
01.02.2022	Seit Beginn der Covid-19-Pandemie sind inzwischen mehr als 100.000 Menschen in der Ukraine offiziell dem Coronavirus zum Opfer gefallen. Damit ist die Ukraine eines von 16 Ländern weltweit mit einer sechsstelligen Opferzahl.
01.02.2022	Verteidigungsminister Oleksij Resnikow berichtet, dass ein weiteres Flugzeug mit Militärhilfen aus den USA in der Ukraine gelandet sei. In den vergangenen Tagen hat die Ukraine angesichts der militärischen Bedrohung durch Russland mehr als 500 Tonnen Munition von den USA erhalten.
01.02.2022	Der britische Premierminister Boris Johnson reist zu Gesprächen mit Präsident Wolodymyr Selenskyj nach Kyjiw. Johnson versichert, dass Großbritannien hinter der Ukraine stehe und Sanktionen gegen Russland automatisch in Kraft treten, sollte Russland die Ukraine angreifen. Außerdem stehen wirtschaftliche Themen auf der Agenda. Laut Selenskyj ist der bilaterale Handel seit dem im November 2020 geschlossenen ukrainisch-britischen Freihandelsabkommen um 60 Prozent gestiegen.

01.02.2022	Präsident Selenskyj kündigt eine neue trilaterale Partnerschaft zwischen der Ukraine, Polen und Großbritannien an. Laut Außenminister Dmytro Kuleba soll die neue Partnerschaft die Sicherheit stärken und den Handel fördern.
01.02.2022	Durch das sog. Reverse-Flow-Verfahren kann die Ukraine nun täglich ca. drei Mio. Kubikmeter Gas aus Ungarn importieren. Bisher war aus technischen nur der Transport in eine Richtung, aus der Ukraine nach Ungarn, möglich. Somit kann die Ukraine neben Erdgas aus der Slowakei und aus Polen nun aus einem weiteren Land Erdgas beziehen und die Energiesicherheit erhöhen. Seit 2015 bezieht die Ukraine kein Gas mehr direkt aus Russland.
01.02.2022	Präsident Wolodymyr Selenskyj unterzeichnet ein Dekret, das vorsieht, die ukrainische Armee, die aktuell ca. 250.000 Soldat:innen umfasst, in den nächsten drei Jahren auf 361.000 aufzustocken. Selenskyj schlägt darüber hinaus die Abschaffung der Wehrpflicht vor.
02.02.2022	Einer Umfrage des Rasumkow-Zentrums zufolge sind 45 Prozent der Ukrainer:innen bereit, im Falle eines Angriffs durch Russland ihr Land auch mit Waffengewalt zu verteidigen.
02.02.2022	Polen sagt der Ukraine die Lieferung letaler Waffen zu. Es handelt sich dabei um das moderne tragbare Flugabwehrraketensystem PPZR Piorun, das der Ukraine zur Verfügung gestellt werden soll, wie der polnische Außenminister Mariusz Blaszczak mitteilt.
02.02.2022	Der Sicherheitsdienst SBU gibt bekannt, dass im Januar 121 Cyberangriffe auf staatliche Stellen entdeckt und vereitelt wurden. Vor allem am 13./14. Januar kam es zu einem großen Hackerangriff auf mehr als 70 staatliche Einrichtungen, für die Russland verantwortlich gemacht wird.
02.02.2022	Die USA sehen einen Einmarsch Russlands in die Ukraine nicht mehr als »unmittelbar bevorstehend« an, wie Jen Psaki, die Pressesprecherin des Weißen Hauses, mitteilt.
02.02.2022	Der niederländische Premierminister Mark Rutte reist nach Kyjiw und sagt Präsident Wolodymyr Selenskyj Hilfe im Kampf gegen Covid-19 in der Ostukraine zu, beim Aufbau von Krankenhäusern und Rehabilitationseinrichtungen für das ukrainische Militär sowie Unterstützung im Bereich Cybersicherheit. Auch das in Den Haag laufende Verfahren wegen des Abschusses des malaysischen Passagierflugzeugs MH-17 2014 über der Ostukraine durch pro-russische Kämpfer, bei dem zahlreiche Niederländer ums Leben kamen, ist Thema des Treffens.
03.02.2022	Zum wiederholten Male wird das Quorum der Auswahlkommission nicht erreicht, um den neuen Leiter der Spezialisierten Antikorruptions-Staatsanwaltschaft zu wählen. Bereits Mitte Dezember 2021 ging Oleksandr Klymenko als Sieger des Auswahlprozesses hervor, muss nun aber noch von der Kommission bestätigt werden.
03.02.2022	Ein weiteres Flugzeug mit Militärhilfen aus den USA landet in Kyjiw und liefert der Ukraine 85 Tonnen Munition für Granatwerfer.
03.02.2022	Der Vizepräsident der Europäischen Kommission Valdis Dombrovskis teilt mit, dass die EU der Ukraine rasch zusätzliche Makrofinanzhilfen gewähren will, zusätzlich zu den bereits Anfang des Jahres bewilligten 1,2 Mrd. Euro. Dies sei eine Reaktion auf die militärische Aufrüstung Russlands an der Grenze zur Ukraine.
03.02.2022	Einer repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa zufolge haben 53 Prozent der Deutschen große Angst davor, dass es einen zu einem Krieg zwischen Russland und der Ukraine kommt.
03.02.2022	Der Direktor des ukrainischen Gastransportsystembetreibers, Serhij Makogon, teilt mit, dass die Kapazität der Gasimporte aus der Slowakei um 56 Prozent erhöht wurde und die Ukraine nun täglich bis zu 42 Mio. Kubikmeter Erdgas aus der Slowakei importieren könne. Das soll die Gasversorgung des Landes sichern.
03.02.2022	Die Sonderbeobachtungsmission der OSZE in der Ukraine berichtet, dass in den von Russland unterstützten »Volksrepubliken« Donezk und Luhansk mehr als 100 Militärfahrzeuge nahe der Kontaktlinie aufgefahren wurden, darunter 76 Panzer.
03.02.2022	Laut einer Umfrage von Infratest dimap sprechen sich 71 Prozent der Deutschen gegen Waffenlieferungen an die Ukraine aus, 20 Prozent sind dafür. Während 43 Prozent grundsätzlich für neue Wirtschaftssanktionen gegen Russland sind, wollen 57 Prozent die Nord Stream 2 Pipeline von den Sanktionen ausklammern. 51 Prozent der Befragten sind zudem dafür, dass die NATO Russland Sicherheitsgarantien macht.
04.02.2022	EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen gibt bekannt, dass die EU ein »robustes und umfassendes« Paket finanzieller und wirtschaftlicher Sanktionen vorbereitet habe, das gegen Russland verhängt wird, sollte es die Ukraine angreifen. Enthalten in dem Sanktionspaket sei auch die umstrittene Ostseepipeline Nord Stream 2, so von der Leyen.

04.02.2022	Bei einem Treffen von Präsident Wolodymyr Selenskyj mit seinem türkischen Amtskollegen Recep Tayyip Erdogan in Kyjiw wird ein Freihandelsabkommen zwischen der Ukraine und der Türkei unterzeichnet. Selenskyj nennt die Unterzeichnung einen »historischen Moment«. Unter anderem werden die Zölle für 95 Prozent der ukrainischen Waren aufgehoben und die Türkei öffnet ihren Markt für ukrainische Metalle. Auch im militärischen Bereich werden neue Kooperationen geschlossen, z. B. bei der Herstellung von türkischen Drohnen, die nun auch teilweise in der Ukraine gefertigt werden. Das Abkommen soll den Umfang des bilateralen Handels auf mehr als 10 Mrd. US-Dollar ankurbeln und das Bruttoinlandsprodukt der Ukraine um ca. zwei Prozent steigern.
04.02.2022	Präsident Recep Tayyip Erdogan bietet sich beim Treffen mit dem ukrainischen Präsidenten als Vermittler im ukrainisch-russischen Konflikt an und schlägt ein Gipfeltreffen zwischen Wolodymyr Selenskyj und dem russischen Präsidenten Wladimir Putin auf neutralem Boden in der Türkei vor.
04.02.2022	Die Aufnahme der Ukraine in das Kooperative Kompetenzzentrum für Cyber-Verteidigung der NATO, das 2008 zur Cyberabwehr in Tallinn geschaffen wurde, wird abgelehnt. Die Ukraine hatte die Mitgliedschaft im Sommer 2021 beantragt und alle erforderlichen Dokumente eingereicht. Laut ukrainischen Medienberichten soll Ungarn ein Veto eingelegt haben. Die Beziehungen zwischen Kyjiw und Budapest gelten seit mehreren Jahren als angespannt.
04.02.2022	Mit 43.778 registrierten Covid-19-Neuinfektionen binnen 24 Stunden verzeichnet die Ukraine einen neuen Rekord seit Beginn der Coronavirus-Pandemie.
04.02.2022	Kanada liefert nicht-letale militärische Güter zur Unterstützung der Ukraine, darunter Schutzausrüstung und Überwachungsgeräte.
04.02.2022	Das Ministerium für Landwirtschaft und Ernährung teilt mit, dass seit der Öffnung des Landmarkts im Juni 2021 fast 90.000 landwirtschaftliche Flächen mit einer Gesamtfläche von 228.000 Hektar verkauft wurden.
06.02.2022	Weitere Militärhilfen aus den USA und Großbritannien kommen in Kyjiw an. Das Wall Street Journal berichtet, dass die USA und eine informelle Koalition mehrerer NATO-Mitglieder, darunter Großbritannien und die baltischen Staaten, eine Luftbrücke in die Ukraine aufbauen wollen, um das Land im Falle einer russischen Aggression mit Militärhilfen versorgen zu können.
06.02.2022	Der belarussische Machthaber Alexander Lukaschenko sagt in einem Interview im russischen Fernsehen, dass im Falle eines Angriffs der Ukraine auf die »Volksrepubliken« im Donbas belarussische Truppen in den Konflikt eingreifen würden.
06.02.2022	Der ukrainische Verteidigungsminister Oleksij Resnikow schätzt die Wahrscheinlichkeit einer militärischen Eskalation durch Russland als gering ein. Dennoch beobachtet die Ukraine weiterhin sehr genau die russischen Truppenübungen an der Grenze zur Ukraine und stellt sich auf alle möglichen Szenarien ein.
07.02.2022	Die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock reist zu politischen Gesprächen für zwei Tage nach Kyjiw und an die Kontaktlinie in der Ostukraine. Nach einem Treffen mit ihrem ukrainischen Amtskollegen Dmytro Kuleba versichert sie, dass Deutschland alles dafür tun werde, damit es zu keiner weiteren Eskalation im Konflikt mit Russland kommt. Die von Kyjiw geforderten Waffenlieferungen an die Ukraine schließt die Außenministerin weiterhin aus. Bereits am Vortrag hatte Bundesverteidigungsministerin Christine Lambrecht Waffenlieferungen an die Ukraine ausgeschlossen. Außenministerin Baerbock teilt in Kyjiw allerdings mit, dass Deutschland bereit sei, im Falle von Sanktionen gegen Russland einen hohen wirtschaftlichen Preis zu bezahlen. Auch kündigt Baerbock an, die wirtschaftlichen und humanitären Hilfen Deutschlands für die Ukraine auszuweiten.
07.02.2022	Einen Tag vor seinem ersten Besuch in der Ukraine reist Frankreichs Präsident Emmanuel Macron nach Moskau, um mit seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin eine diplomatische Lösung für den Konflikt zwischen Russland und der Ukraine zu finden. Im Vorfeld deutet Macron an, dass der Westen im Hinblick auf berechnete russische Sicherheitsbedürfnisse Kompromisse eingehen müsse.
07.02.2022	Laut Nationalbank der Ukraine betrogen die Rücküberweisungen ukrainischer Arbeitsmigrant:innen aus dem Ausland 2021 rund 15 Mrd. US-Dollar. Das sind drei Mrd. US-Dollar bzw. 25 Prozent mehr als im Vorjahr und damit ein neuer Rekord.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Almut Müller und Dr. Eduard Klein

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Prof. Dr. Heiko Pleines (verantwortlich) und Yana Lysenko
Chronik: Almuth Müller und Dr. Eduard Klein
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Kseniia Gatskova, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
Prof. Dr. Guido Hausmann, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
Dr. Susan Stewart, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
Dr. Susann Worschech, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/O.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1862-555X © 2022 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Deutsches Polen-Institut, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH
Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>



LÄNDER-ANALYSEN



Belarus-Analysen

Polen-Analysen

Russland-Analysen

Ukraine-Analysen

Zentralasien-Analysen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

TWITTER, TWEET, RETWEET und das Twitter Logo sind eingetragene Markenzeichen von Twitter, Inc. oder angeschlossenen Unternehmen.